



DNR
DEUTSCHER
NATURSCHUTZRING



Jahresbericht 2023

Dachverband der deutschen Natur-, Tier-
und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.

Inhalt

DAS JAHR 2023

Ein Weckruf für Demokratie und Umwelt Seite 4

IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik Seite 6

IM FOKUS

Klima und Energie Seite 14

IM FOKUS

EU-Koordination Seite 20

IM FOKUS

Verbandspolitik und Zivilgesellschaft Seite 24

IM FOKUS

Presse und Kommunikation Seite 28

DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung Seite 32

IM FOKUS

Kampagne „Meine Landwirtschaft“ Seite 46

IM FOKUS

Strukturen und Zahlen

	Seite 50
Einnahmen/Ausgaben	Seite 52
Projekte	Seite 53
Organigramm des DNR	Seite 54
DNR-Präsidium	Seite 55
DNR-Mitgliedschaften	Seite 56
Vertreter*innen des DNR in verschiedenen Gremien	Seite 57
Leitbild	Seite 58
DNR-Mitglieder	Seite 59
Impressum	Seite 60

DAS JAHR 2023

Ein Weckruf für Demokratie und Umwelt

Das Jahr 2023 stellte uns alle vor große Herausforderungen im gemeinsamen Einsatz für eine sozial-ökologische Transformation und für mehr Umwelt-, Natur- und Tierschutz in Deutschland sowie in Europa. Zu den geopolitischen Konsequenzen aus den Kriegen in der Ukraine und in Nahost kamen die Belastungen privater Haushalte durch die Inflation, die Verfassungswidrigkeit eines wichtigen Teils des Bundeshaushalts sowie der erstarkende Rechtspopulismus in der Gesellschaft hinzu.

Im Ergebnis war das Jahr 2023 von zahlreichen Kontroversen, Polarisierungen und kritischen Entwicklungen geprägt. Beispiele hierfür sind die Hängepartien um das Gebäudeenergiegesetz und die europäische Gebäudeenergie richtlinie sowie das Nature Restoration Law, der Verzicht auf eine EU-Pestizidverordnung oder die sich 2023 abzeichnenden Verwässerungen bei den Umweltstandards in der EU-Agrarpolitik. Mit dem Green Deal und dem EU-Klimapaket „Fit-for-55“ wurden andererseits wichtige Fortschritte auf dem Weg zu mehr Klima- und Umweltschutz erreicht. Hierzu gehören die EU-weiten Ausbauziele für Erneuerbare Energien oder die Verhandlungen zum „Net Zero Industry Act“.

Auf nationaler Ebene stand die Umweltpolitik weiter im Fokus der Beschleunigungsdebatte. Unter dem Deckmantel von Bürokratieabbau und „Deutschlandtempo“ wurden zahlreiche Ausbaumaßnahmen und -ziele als „überragendes öffentliches Interesse“ deklariert. Dabei konnte sich die Bundesregierung allerdings nicht darauf verständigen, diesen Vorrang eindeutig auf klimaneutrale und naturverträgliche Vorhaben zu beschränken. Und auch die Notwendigkeit einer beschleunigten Ausweisung und Aufwertung zusätzlicher Flächen für die biologische Vielfalt als Kompensation der Eingriffe hat leider nicht Eingang in die Gesetzentwürfe gefunden.

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist darüber hinaus die Finanz- und Haushaltspolitik stärker in den politischen Fokus gerückt. Denn während dem Klima- und Transformationsfonds die Mittel ausgehen und Zukunftsinvestitionen daran scheitern, dass Teile der Bundesregierung an der Schuldenbremse festhalten, fließen noch immer jährlich rund 65 Milliarden Euro Subventionen in umweltschädliche Praktiken. Dabei wird immer deutlicher, dass zukunftsgerichtete Investitionen in den klimaneutralen Wohlstand von morgen genauso wichtig sind wie Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge von heute.

Für den DNR steht fest: Die Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen werden sich auch in einem rauer werdenden Klima für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen als Teil unserer Daseinsvorsorge einsetzen. Dabei werden Gerechtigkeitsfragen künftig eine größere Rolle spielen. Zudem ist ein konsequenter Umgang der Umweltbewegung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus gefragt, um eine Diskreditierung und Unterwanderung des Umwelt- und Naturschutzes zu verhindern. Gerade in Zeiten, in denen Rechtsextreme in Umfragen und Wahlen große Zuläufe verzeichnen, muss die Zivilgesellschaft Orientierung und Eindeutigkeit vermitteln und rassistischen, diskriminierenden oder anderen menschenverachtenden Bestrebungen entschlossen entgegenzutreten.

An diesen Aufgaben will der DNR im Interesse einer starken, vielfältigen und demokratischen Umwelt-, Natur- und Tierschutzbewegung auch in schwierigen Zeiten umso engagierter weiterarbeiten.



Kai Niebert

Prof. Dr. Kai Niebert
DNR-Präsident



Florian Schöne

Florian Schöne
DNR-Geschäftsführer







IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

„Das Jahr 2023 war gekennzeichnet von politischen Blockaden und einem Rollback in der Naturschutz- und Umweltgesetzgebung, in der EU und national. Mit progressiven Gegenentwürfen kämpfen wir weiter für ein nachhaltiges Agrar- und Ernährungssystem und die faire, naturverträgliche und gemeinwohlorientierte Verteilung der EU-Agrargelder.“

Lavinia Roveran, Koordinatorin für Naturschutz und Agrarpolitik



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Lavinia Roveran, Florian Schöne, Svenja Schünemann und Björn Pasemann



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/agrar-natur-und-tierschutzpolitik



IM FOKUS

Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik

Das Jahr 2023 war bedauerlicherweise nicht von großen Fortschritten für die Agrar-, Natur- und Tierschutzpolitik geprägt. Die Blockade innerhalb der Bundesregierung setzte sich an vielen Stellen fort und auch auf EU-Ebene wurden mehr Rückschritte als Fortschritte erzielt. Komplette Gesetzesvorhaben wurden gestoppt, so zum Beispiel die Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (SUR) aus dem Green Deal, andere wurden abgeschwächt (das Soil Health Law wurde zum Soil Monitoring Law degradiert) und manche waren angekündigt und wurden nie vorgelegt, wie etwa das Sustainable Food Systems Law. Auch bestehende Gesetze wurden abgeschwächt.

So wurde gleich im ersten Jahr der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) eines der zentralen Elemente für den Erhalt der Artenvielfalt ausgesetzt – die Vorschrift eines Mindestanteils nichtproduktiver Flächen gemäß GLÖZ 8. Was dann vorgelegt wurde dient ebenfalls der Abschwächung von Standards, etwa der Deregulierung neuer gentechnischer Verfahren – mit potenziell verheerenden Auswirkungen auf Ökosysteme und das Ernährungssystem zugleich. Auch national angekündigte Gesetzesvorhaben und Strategien wurden immer wieder aufgeschoben.

Gegen Ende des Jahres verschärfte sich die Lage mit Beginn der sogenannten Bauernproteste aufgrund der geplanten Aussetzung der Agrardieselsubvention nochmal erheblich.

Das Agrar-, Natur- und Tierschutzteam des DNR koordinierte die Mitgliedsorganisationen zu diesen vielfältigen Themen, organisierte regelmäßige Strategietreffen, politische Termine und Veranstaltungen, erarbeitete Pressemitteilungen und gemeinsame Positionen, veröffentlichte Hintergrundpapiere zu verschiedenen politischen Prozessen und war im regelmäßigen Austausch mit den Ministerien auf Bundes- und Länderebene.



Gruppenfoto des Projekttreffens von CAP4GI-GAP für vielfältige Landschaften im November 2023 in Stuttgart.

Foto: DNR, Björn Pasemann

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP)

Am 1. Januar 2023 begann die neue Förderperiode der GAP. Damit wurde auch das neue Instrument der Öko-Regelungen zur Ökologisierung der Direktzahlungen (erste Säule) eingeführt. Leider waren die Antragszahlen in Deutschland nicht so hoch wie erwartet, sodass nicht das gesamte Budget ausgeschöpft wurde. Zudem begann die neue Förderperiode mit einer weiteren Abschwächung: die im Jahr zuvor beschlossene Aussetzung der Brachenelemente von GLÖZ 8.

Der DNR hat die Umsetzung des nationalen Strategieplans sowohl als Mitglied im GAP-Begleitausschuss des Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), aber auch durch Verbesserungsvorschläge zur Umsetzung des laufenden Strategieplans mit Blick auf den gesamten Verlauf der Förderperiode eng begleitet.

Zeitgleich mit der neuen Förderperiode fiel bereits der Startschuss für die Debatte um die GAP nach 2027. In der ersten Jahreshälfte hat sich der DNR daher intensiv in die Erarbeitung eines Konzepts für die Zukunft der GAP im Rahmen der GAP-Verbändeplattform eingebracht, was zur Veröffentlichung der Stellungnahme „Zukunft gestalten: Gemeinsam für eine krisenfeste, ökologischere und gerechte Landwirtschaft und Agrarpolitik“ führte.

Pestizide

Die schädlichen Auswirkungen von übermäßigem Pestizidgebrauch sind in der gesellschaftlichen Debatte angekommen. Im Green Deal hat die EU sich zum Ziel gesetzt, den Einsatz und das Risiko von Pestiziden bis 2030 um 50 Prozent zu verringern. Der im Jahr zuvor von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf für eine Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden (SUR) sah vor, das 50-Prozent-Reduktionsziel in verbindliches Recht umzusetzen. Die umstrittene Debatte um diesen Verordnungsentwurf setzte sich 2023 fort. Auf starken Druck seitens der EVP-Fraktion im EU-Parlament kam es dort zu keiner Einigung und somit konnte die erste Lesung der Verordnung nicht beendet werden. Dies führte vorerst zum Scheitern der Verordnung – ein herber Rückschlag für den Schutz der Artenvielfalt und die Umsetzung des European Green Deal. Auf nationaler Ebene wartete der DNR zudem vergeblich auf die im Koalitionsvertrag angekündigte Pestizidreduktionsstrategie.

Neue Gentechnik

Neue Gentechnikverfahren wie die „Gen-Schere“ CRISPR/Cas ermöglichen tiefgreifende Eingriffe in das Erbgut von Tieren und Pflanzen. In der Landwirtschaft ist der Einsatz dieser Verfahren höchst umstritten. Der DNR setzt sich für die Wahrung des Vorsorgeprinzips, die Sicherstellung der Wahlfreiheit für Landwirtschaft und Verbraucher*innen sowie für die Beibehaltung der Regulierung neuer gentechnischer Verfahren unter der EU-Freisetzungsrichtlinie ein. 2023 wurde jedoch ein Gesetzentwurf seitens



Gemeinsame Banneraktion vor dem Deutschen Bundestag anlässlich der sich verzögernden Novelle des Bundeswaldgesetzes am 17.11.2023. Foto: Greenpeace, Jannes Stoppel

der EU-Kommission vorgelegt, der eine weitestgehende Deregulierung für neue gentechnische Verfahren vorsieht. Mit Stellungnahmen, Positionspapieren, Terminen mit Politiker*innen und in engem Austausch mit weiteren Verbänden hat der DNR auf die potenziellen Gefahren einer solchen Aufweichung von Standards hingewiesen. Auch auf internationaler Ebene ist der DNR hier aktiv. Als IUCN-Mitglied und focal point für Deutschland setzt sich der DNR in Zusammenarbeit mit „Save Our Seeds“ dafür ein, gemeinsame Positionen zur synthetischen Biologie zu finden. Zum Capacity-Building zu diesem Thema führten DNR und „Save Our Seeds“ einen Verbändeworkshop durch.

Umbau der Tierhaltung

Ein zentraler Hebel für eine zukunftsfähige Landwirtschaft ist der konsequente Umbau hin zu einer Tierhaltung, die gesellschaftlich akzeptiert wird und ökologisch vertretbar ist. Ein zentraler Faktor ist die Finanzierung dieses Umbaus. Der DNR vernetzt seine Mitglieder zum Thema und entwickelt gemeinsame Initiativen zu den relevanten Herausforderungen.

Düngepolitik

Das über Jahre laufende Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie wurde im Frühjahr 2023 eingestellt. Doch damit ist die Düngeproblematik lange nicht gelöst. Gerade

die Konzentration der Tierhaltung in bestimmten Regionen führt weiterhin zu einer starken Belastung von Luft und Böden. 2023 ging es auch um eine Anpassung im Düngegesetz, welche die Voraussetzung für die Novelle der Stoffstrombilanzverordnung sowie der Einführung einer Monitoringverordnung gewesen wäre. Aufgrund von Uneinigheiten innerhalb der Bundesregierung ist die notwendige Vorgabe 2023 noch nicht auf den Weg gebracht worden.

Natürlicher Klimaschutz, Landnutzung und Moorschutz

Intakte Ökosysteme sind wichtige Treibhausgas-Senken, befinden sich jedoch in einem zunehmend kritischen Zustand. Natürlicher Klimaschutz soll entscheidende Synergien von Klimaschutzmaßnahmen und Naturschutz liefern. Obwohl die Ampel-Bundesregierung naturbasierten Lösungen – insbesondere durch das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) – einen größeren Stellenwert einräumt, stellt der Landnutzungssektor weiterhin eine erhebliche Emissionsquelle dar. Der DNR setzte sich daher für verstärkte Klimaschutzmaßnahmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft unter Berücksichtigung von Naturschutzzielein ein und vernetzte die Verbände zur Verbesserung des Klimaschutzes im Landnutzungssektor. Auf EU-Ebene lag der Schwerpunkt 2023 hier auf der Begleitung der EU-Wiederherstellungsverordnung (Nature Restoration Law).

Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz

Das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) bietet die Chance, in den kommenden Jahren eine umfassende Förderung für ökosystembasierte Klimaschutzmaßnahmen zu ermöglichen. Seit der Verabschiedung im März 2023 begleitet der DNR das Programm sowie die Ausgestaltung der entsprechenden Förderrichtlinien mit regelmäßigen Austauschrunden der Verbände sowie von Vertreter*innen von Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Zukunft-Umwelt-Gesellschaft (ZUG) und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN). Zu Inhalten, Umsetzung und Perspektiven des ANK fand 2023 zudem ein DNR-Mitgliederforum statt. Darüber hinaus wurden diverse politische Termine zum ANK und dessen möglichst unbürokratische Umsetzung vorbereitet und wahrgenommen.

Moorschutz

Der DNR hat die Relevanz des Moorschutzes 2023 weiter hervorgehoben und die Thematik im Austausch mit den Verbänden verstärkt befördert. Für den Moorschutz wurde eine neue DNR-Plattform initiiert und ein regelmäßiger Verbändeausgleich etabliert. Der Dialog von DNR-Mitgliedsverbänden aus Landwirtschafts- und Naturschutzverbänden zur Moor-Wiedervernässung und der Wertschöpfung aus nassen Mooren wurde intensiviert. Wahrgenommene Termine betrafen u.a. die Beschleunigung der Wiedervernässung und den Austausch mit den Fachreferaten des BMUV zur Fördermöglichkeiten und Verbesserungen im Moor-Klimaschutz.

Carbon Farming

Im November 2022 hat die EU-Kommission einen Legislativvorschlag für einen Rechtsrahmen zur Zertifizierung und Honorierung der Kohlenstoffentnahme (Carbon Removal Certification Framework, CRCF) vorgelegt, der 2023 von Rat und EU-Parlament verhandelt wurde. Der DNR hat sich frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess eingebracht und eine gemeinsame Verbände-deposition zum Zertifizierungsrahmen erarbeitet. Denn obwohl manche der einhergehenden Praktiken ("Carbon Farming") Chancen eröffnen, um Klima- und Biodiversitätsschutz zu verbinden, galt es, entscheidende Schwächen des Verordnungsvorschlags aufzudecken und zurückzuweisen. Mit einer kontinuierlichen Verbände-koordination, diversen Hintergrundgesprächen mit BMUV, BMEL und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie Austausch mit EU-Abgeordneten hat der DNR die Erarbeitung des Zertifizierungsrahmens 2023 kritisch begleitet.

Biokraftstoffe/Nationale Biomassestrategie

Im Herbst 2022 hat die Bundesregierung die Eckpunkte der Biomassestrategie vorgestellt und den wichtigen Grundsatz der Nutzungshierarchie – Nahrungsmittel,

stofflich, energetisch – festgelegt. 2023 hat der DNR den weiteren Prozess zur Erarbeitung der Nationalen Biomassestrategie durch die Teilnahme an Workshops und Terminen mit den zuständigen Ministerien begleitet und sich mit weiteren Mitgliedsverbänden kritisch zum Thema Agrosprit eingebracht.

Biodiversität

Der DNR stand auch 2023 in regelmäßigem, strategischem Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen zu allgemeinen Naturschutz- und Biodiversitätsthemen und unterstützte die Vernetzung und den fachlichen Austausch mit Vertreter*innen des BMUV und des BfN. Themenschwerpunkte waren hierbei vor allem die Naturschutzfinanzierung, das ANK, die Fortschreibung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS), die Stärkung der Grünen Infrastruktur und eine Positionierung zu einem möglichen Natur-Flächen-Gesetz, die Gesetzgebungsprozesse zur Planungsbeschleunigung sowie die EU-Wiederherstellungsverordnung (Nature Restoration Law).

Wiederherstellung der Natur – Nature Restoration Law

Auf EU-Ebene wurde 2023 der Prozess für eine Wiederherstellungsverordnung fortgesetzt, welcher im Gesetzgebungsverfahren durch wiederholt nur knappe Mehrheiten gekennzeichnet war. Der DNR hat sich für ein ambitioniertes EU-Renaturierungsgesetz und die Erreichung der Ziele der europäischen Biodiversitätsstrategie eingesetzt und das Thema durch Strategietreffen, Öffentlichkeitsarbeit und gemeinsame Briefe auf nationaler und europäischer Ebene begleitet.

Sustainable Food Systems Law und Soil Monitoring Law

Ein wichtiger Teil der Farm-to-Fork-Strategie war die Ankündigung eines Gesetzesrahmens für nachhaltige Ernährungssysteme (Sustainable Food Systems Law). Diese Rahmengesetzgebung sollte die verschiedenen Politiken, die Landwirtschaft und Ernährung betreffen, unter ein Dach bringen und zentrale Ziele festlegen. Leider hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen dieses Vorhaben zurückgezogen – ein weiteres Opfer des voranschreitenden Rollbacks in der EU. Auch das angekündigte Soil Health Law – quasi ein neuer Versuch, den europäischen Bodenschutz angesichts der vor einigen Jahren gescheiterten Bodenrahmenrichtlinie vorzubringen, wurde in einen stark abgeschwächten Entwurf für ein Soil Monitoring Law umgewandelt.

Naturverträglicher Ausbau der erneuerbaren Energien

Angesichts der klimapolitischen Ziele und des schlep-penden Ausbaus der Windenergie hat sich der DNR



mit seinen Mitgliedsorganisationen weiter intensiv um Lösungsansätze für einen beschleunigten naturverträglichen Ausbau der Windenergie an Land bemüht. Unter Moderation und Mitwirkung des Kompetenzzentrums Naturschutz und Energiewende (KNE) fanden regelmäßige Austauschrunden mit den Verbänden statt, bei denen aktuelle Fachdebatten zu den Gesetzgebungsprozessen zur Beschleunigung des Windenergieausbaus erfolgten. Darüber hinaus hat der DNR den von der Umweltministerkonferenz (UMK) eingesetzten Arbeitsprozess für einheitliche Signifikanzkriterien beim Tötungsrisiko für windenergiesensible Vogelarten begleitet.

Auch zum naturverträglichen Ausbau der Solarenergie stand der DNR im Jahr 2023 im kontinuierlichen Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen und hat sich bei verschiedenen Veranstaltungen in die Debatte um einen naturschutzfachlichen Mindeststandard für Photovoltaik (PV)--Freiflächenanlagen und um den Markthochlauf der Agri-PV eingebracht.

Deutscher Naturschutztag

Der DNR war 2023 intensiv in die Vorbereitungen des 37. Deutschen Naturschutztags eingebunden, der vom 24. bis 28. September 2024 unter dem Motto „Europa Natürlich Verbunden“ in Saarbrücken stattfinden wird. Im Fokus stand die Erarbeitung des Fachprogramms unter Einbindung der Mitgliedsverbände und geplanten Moderator*innen.

Waldpolitik

Der DNR stand 2023 im regelmäßigen Austausch mit seinen Mitgliedsorganisationen und den Bundesministerien

zu aktuellen Themen der Waldpolitik wie der anstehenden Erarbeitung der Bundeswaldstrategie, der Novelle des Bundeswaldgesetzes (BWaldG) sowie Fördermaßnahmen im Rahmen des ANK.

Der Schwerpunkt im Bereich Waldpolitik lag in der Erarbeitung eines konkreten Vorschlags für ein neues Bundeswaldgesetz. Dieser wurde mit mehreren Mitgliedsorganisationen gemeinsam entwickelt und im Oktober 2023 veröffentlicht.

Tierschutz

Auch im Tierschutz gab es im Jahr 2023 eine Vielfalt an Themen und Prozessen: Vom Onlinehandel mit Tieren über die Trophäenjagd, die Zirkusverordnung, die Gefahrtierverordnung bis hin zum Wildtierschutz brachten sich die im DNR organisierten Tierschutzorganisationen in zahlreiche Prozesse ein. Das angekündigte Tierschutzgesetz wurde in diesem Jahr leider nicht mehr vorgelegt, hierzu gab es aber dennoch viel Austausch. Der DNR unterstützte die Arbeit der Tierschutzorganisationen durch die Koordinierung von Treffen mit Ministerien, mit gemeinsamen Briefen und Pressearbeit sowie durch die Organisation gemeinschaftlicher Veranstaltungen.

Gewässerschutz

Die steigenden Risiken von Hochwasserkatastrophen und Dürren zeigen, wie wichtig ein nachhaltiges, naturverträgliches Wassermanagement ist. Dennoch ist das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie, die Gewässer in der EU bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu überführen, wohl nicht mehr erreichbar. Das jährlich stattfindende Gewässerschutzforum der Umweltverbände DNR,

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Deutsche Umwelthilfe (DUH), NABU und WWF fand unter dem Titel „Naturnaher Wasserhaushalt und naturbasierte Lösungen – die Landschaft vom Wasser her denken“ im November mit rekordverdächtigen 400 Teilnehmenden im Onlineformat statt.

Grenzübergreifende Allianz zum Natur- und Hochwasserschutz an der Oder

Das gemeinsame Engagement im Aktionsbündnis lebendige Oder zum länderübergreifenden Schutz der Oder vor den Ausbauplänen der polnischen Regierung lief auch 2023 weiter. So wurde das Klageverfahren gegen das Ausbauprojekt fortgesetzt und auf Umsetzung eines Gerichtsbeschlusses für einen vorläufigen Baustopp gedrängt. Auf einer deutsch-polnisch-tschechischen Konferenz wurde darüber hinaus eine gemeinsame Zukunftsversion für die Oder erarbeitet, die auf die Bedürfnisse der Natur und der am Fluss liegenden Gemeinden eingeht.

Meeresschutz

Der DNR hat 2023 an regelmäßigen Austauschrunden mit den Umwelt- und Entwicklungsverbänden zum Meeresschutz teilgenommen und gemeinsame Forderungen für eine zukunftsfähige Meerespolitik erarbeitet und veröffentlicht. Diese wurden anschließend bei einem Workshop im Bundestag vorgestellt.

Strategiegruppe Naturschutzflächen

Seit fast 20 Jahren überträgt der Bund im Rahmen des Nationalen Naturerbes (NNE) unentgeltlich Flächen an Länder, Stiftungen und Verbände, um diese dauerhaft dem Naturschutz zu unterstellen. Unter Koordination des DNR haben sich zahlreiche Naturschutzorganisationen im Jahr 2023 dafür eingesetzt, dass die vereinbarte Übertragung weiterer 15.700 Hektar Bundesflächen möglichst schnell vorankommt. Der DNR ist hier koordinierend tätig und vertritt zudem die NNE-Flächenbesitzer*innen der Naturschutzorganisationen im Naturerbe-Rat.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

CAP4GI – GAP für vielfältige Landschaften

**Gefördert durch DLR – Deutsches Zentrum für Luft und Raumfahrt als Projektträger des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)/
Projektreferent für Naturschutz und Agrarpolitik (Björn Pasemann)**

Der DNR hat seine Mitarbeit am BMBF-Verbundprojekt CAP4GI-GAP für vielfältige Landschaften fortgesetzt und die öffentliche Reichweite des Projekts vergrößert. Zu den durchgeführten Aktivitäten zählte die Ausrichtung einer Online-Diskussionsveranstaltung, die Veröffentlichung eines Podcasts und die kontinuierliche Kommunikation der Projektfortschritte über die Webseite und soziale Medien.





**IM FOKUS**

Klima und Energie

„2023 stand im Zeichen multipler weltweiter Krisen, die auch die deutsche Klima- und Energiepolitik beeinflusst haben. Trotz Beschleunigung der Klimakrise und einer Häufung von Extremwetterereignissen ist es nicht gelungen, in Schlüsselsektoren wie dem Verkehr oder bei Gebäuden substantielle Fortschritte zu erzielen. Dem gegenüber stehen erfreuliche Zahlen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Es bleibt eine Herausforderung und auch Chance, Klimapolitik als Teil der Lösung zu etablieren.“

Tobias Pforte-von Randow, Koordinator Politik und Gesellschaft und stellvertretender politischer Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Tobias Pforte-von Randow, Lisa Grau (teilweise in Elternzeit, bis September), Birthe März, Alexander Kräß (ab September)



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de/themen/klima-und-energie

**IM FOKUS**

Klima und Energie

Das Jahr 2023 war insgesamt kein gutes Jahr für den nationalen Klimaschutz. Waren die ersten eineinhalb Jahre der Ampel-Koalition zwar geprägt von einer fossilen Renaissance in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die ausbleibenden Gas-Lieferungen, konnten dennoch viele entscheidende Weichen für mehr Klimaschutz gestellt werden. Dazu zählen die deutlich verbesserten Bedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien (genannt seien hier bspw. die Wind- sowie die Solarstrategie oder auch das Solarpaket I), wirksame Instrumente für die Dekarbonisierung der energieintensiven Industrie oder auch eine Vielzahl von Strategieprozessen, die dringende Herausforderungen wie das Strommarktdesign adressierten.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Nationale Klima- und Energiepolitik

Im Frühsommer sollte mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) der wichtigste Beitrag für mehr Klimaschutz im Gebäudesektor beschlossen werden. Eine auch medial aufgeheizte Stimmung diskreditierte das Vorhaben. Viele nachweislich falsche Behauptungen und eine unausgegorene soziale Flankierung des sogenannten „Heizungs-Gesetzes“ führten zu substanziellen Verwässerungen, viel Verunsicherung und einen Run auf Gas- und Ölheizungen.

Schlimmer als die Verwässerung dieses einzelnen – wenn auch zentralen – Vorhabens war die grundsätzliche Verhetzung eines wichtigen Politikinstrumentes: dem Ordnungsrecht.

In Folge der Auseinandersetzungen um das GEG zog die Bundesregierung eine Reihe geplanter ordnungsrechtlicher Regelungen zurück. Dazu zählt z.B. die verpflichtende energetische Sanierung bestimmter schlecht gedämmter Gebäudetypen oder die noch im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung eines Solarstandards, der bei gewerblichen Neubauten zur Installation von PV-Anlagen verpflichtet hätte.



Labor.a 2023 am 27. September im Café Moskau, Berlin. Foto: Gerngross Glowinski

Die Folgen sind nicht nur für den Klimaschutz schmerzhaft, denn politisches Handeln ist auf eine kluge Vernetzung unterschiedlicher Politikinstrumente angewiesen. Das Ordnungsrecht war dabei seit jeher ein integraler Bestandteil.

Im Dezember 2023 wurde zudem der Klimaschutz-Finanzierung der Boden weggerissen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds (KTF) wurden nicht nur viele geplante Investitionen in die Treibhausgasneutralität gestoppt, sondern quer durch alle betroffenen Branchen massiv Verunsicherung und Attentismus verbreitet.

Als Dachverband haben wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern alles versucht, den klimapolitischen Rückschritt aufzuhalten. Wir haben die Öffentlichkeit sachlich informiert, die Notwendigkeit eines ambitionierten Klimaschutzes betont und gesellschaftliche Bündnisse u.a. mit Gewerkschaften und Sozialverbänden vertieft, um deutlich zu machen, dass Klimaschutz und soziale Fragen kein Gegensatz sind.

Der DNR koordinierte 2023 gemeinsame Forderungen und Botschaften der Umweltverbände zu klima- und energiepolitischen Themen (u.a. zu erneuerbaren Energien, Gas oder auch Wasserstoff) in verschiedenen Austauschrunden auf Arbeits- und Geschäftsführungsebene und vertrat die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen in diversen Strategierunden mit Akteur*innen aus Industrie, Zivilgesellschaft oder auch Ministerien. Verschiedene

strategische Kooperationen wurden 2023 initiiert und organisiert, die in Bereichen wie einer möglichst sozialverträglichen Energie- und Wärmewende weiter intensiviert werden sollen.

Erneuerbare Energien

Mit zahlreichen Maßnahmen wie der Wind- und Solarstrategie hat die Bundesregierung dafür gesorgt, dem Ausbau der erneuerbaren Energien eine neue Dynamik zu verleihen. Das Solarpaket I wurde im November 2023 in einer öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag diskutiert. Diese Prozesse hat der DNR gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen eng begleitet und kommentiert. Allerdings schreitet der Ausbau der erneuerbaren Energien nach wie vor zu langsam voran, weshalb es u.a. einer Nachschärfung des Solarpakets bedarf.

Der DNR war auch mit Akteuren aus den Erneuerbare-Energien-Verbänden, den Gewerkschaften und der Wissenschaft im engen Austausch zum Ausbau der erneuerbaren Energien und koordinierte mehrere gemeinsame Aktionen (bspw. Briefe oder Social-Media-Aktivitäten).

Der steigende Ausbau der Erneuerbaren zwingt zudem zu einem neuen Strommarktdesign, das innovative und flexible Geschäftsmodelle ermöglicht und parallel dazu die notwendigen Backup-Kapazitäten anreizt. Der DNR war 2023 Teil der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) und hat an zahlreichen Arbeitssitzungen teilgenommen.



Gebäude

Der DNR ist Mitglied im Bündnis bezahlbarer Wohnraum und koordiniert seit Ende 2023 die „Umweltbank“. Dazu wurde ein regelmäßig stattfindender Jour fixe eingeführt. Der DNR nimmt ferner an verschiedenen Workshops und Fachdialogen des Bündnisses sowie an den Koordinator*innentreffen und den Bündnis-Arbeitsrunden teil. Ebenso wurden Entwicklungen rund um die Novelle des Baugesetzbuches sowie die Novellierung des GEG begleitet.

Kreislaufwirtschaft

Der DNR hat auch 2023 die Prozesse zur Kreislaufwirtschaft verfolgt. Hierbei ging es konkret um die Begleitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie. Gemeinsam mit den Mitgliedsverbänden hat der DNR hierzu an Dialogwerkstätten und regelmäßigen Austauschterminen teilgenommen sowie Forderungspapiere mitgezeichnet. Aber auch zu anderen Kreislaufwirtschaftsprojekten wie der EU-Verpackungsverordnung hat der DNR Stellung bezogen.

Ressourcenschutz

Der DNR hat die Weiterführung des Projekts „Netzwerk Ressourcenwende“ unterstützt und nimmt als Mitglied des Koordinationskreises an den regelmäßigen Vorbereitungstreffen sowie an den Treffen für alle Mitglieder des Netzwerks teil.

Plattform Wirtschaftswandel/Zivile Enquête

Auch 2023 hat der DNR die Koordination und Begleitung der Plattform Wirtschaftswandel/Zivile Enquête übernommen. Dabei handelt es sich um ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Organisationen, welches sich mit der derzeitigen Wirtschaftsweise und deren Auswirkungen beschäftigt.



TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

Erneuerbare Energien/Gas und Wasserstoff **Gefördert durch die European Climate Foundation/ Projektreferent für Umweltpolitik (Alexander Kräß)** **Referentin für Klima- und Transformationspolitik** **(Birthe März)**

Im Rahmen des Projekts hat der DNR die Prozesse rund um den Ausbau der Erneuerbaren Energien gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen eng begleitet und kommentiert. Der DNR war auch mit Akteuren aus den Erneuerbare-Energien-Verbänden, den Gewerkschaften und der Wissenschaft im engen Austausch zum Ausbau der erneuerbaren Energien und koordinierte mehrere gemeinsame Aktionen (bspw. Briefe oder Social-Media-Aktivitäten).

Darüber hinaus war der DNR Teil der Plattform Klimaneutrales Stromsystem (PKNS) und hat an zahlreichen Arbeitssitzungen teilgenommen.

Der DNR organisierte ferner regelmäßige Austauschrunden der Mitgliedsverbände zum Thema Gas und Wasserstoff, um insbesondere fossilen Wasserstoff auszuschließen und Wasserstoff nur in Sektoren ohne Möglichkeiten der Elektrifizierung einzusetzen. In diesem Rahmen wurden auch Positionierungen zu „H2-readiness“ von Kraftwerken sowie Briefe zu neuer Wasserkraft mitgezeichnet.

Zudem nahm der DNR auch an Austauschrunden und Formaten der Mitgliedsverbände teil, um den weiteren Umgang mit der LNG- und Gasinfrastruktur zu begleiten. Die entsprechenden Initiativen der Mitgliedsverbände hierzu hat der DNR mit unterstützt.



**IM FOKUS**

EU-Koordination

„2023 gab es immer wieder Versuche, die europäische Umwelt- und Klimapolitik abzuschwächen und zu blockieren – bedauerlicherweise auch von der Bundesregierung, wie bei den CO₂-Standards für PKW und der Gebäudeeffizienzrichtlinie. Glücklicherweise konnten sich oftmals dennoch Mehrheiten für Klimaneutralität durchsetzen. Künftig muss Deutschland wieder eine konstruktivere Rolle einnehmen und sich klar zu Klima- und Umweltschutz in der EU bekennen.“

Elena Hofmann, Kommissarische Koordinatorin für EU-Politik



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Bjela Vossen, Elena Hofmann, Lioba Donner, Juliane Grüning, Katharina Schuster (ab September)



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/eu-umwelt-und-klimapolitik



Veranstaltung im Mai 2023 zur Vorbereitung der Europawahlen im Anschluss an die EEB-Jahreskonferenz in Stockholm. Foto: EEB

IM FOKUS

EU-Koordination

Die EU-Koordination bildet seit über 30 Jahren die Schnittstelle für die Umweltverbände zwischen Berlin und Brüssel. Sie stellt die Verzahnung deutscher und europäischer NGO-Arbeit sicher und koordiniert die deutschen Umweltverbände in ihren Strategien und Aktivitäten zur EU-Politik. Dabei arbeitet der DNR eng mit den Brüsseler Dachverbänden zusammen.

Ziel ist es, die deutschen Umwelt- und Naturschutzorganisationen zu befähigen, sich frühzeitig an EU-Gesetzgebungsprozessen zu beteiligen und sicherzustellen, dass die deutschen Umwelt-NGOs sich in die strategisch wichtigen Umwelt- und Klimathemen auch auf europäischer Ebene einbringen und gehört werden. Dies geschieht neben der Bündelung und Koordinierung von Informationen und Aktivitäten – unter anderem über den EU-Newsletter – auch durch die Organisation von Informations- und Vernetzungsveranstaltungen sowie Terminen mit EU-Entscheidungsträger*innen. Nicht zuletzt standen 2023 bereits Vorbereitungen einer aktiven Begleitung des DNR zur Europawahl an.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Europäischer Green Deal

Zum Ende der Legislaturperiode geriet der Green Deal immer mehr unter Beschuss: Natur- und Umweltschutzinitiativen wurden verwässert, blockiert oder zurück-

genommen. Gleichzeitig wurden im Klimaschutz einige zentrale Dossiers des großen EU-Klimapakets "Fit for 55" sowie Initiativen wie RepowerEU abgeschlossen und der „Green Deal Industrial Plan“ als Antwort auf den US-amerikanischen „Inflation Reduction Act“ vorgeschlagen. Damit wurde der Green Deal noch stärker zu einem Wirtschafts- und Wettbewerbsinstrument, während die notwendigen umweltpolitischen Aspekte der aktuellen politischen Lage (Bauernproteste, Inflation, Schuldenbremse) zum Opfer fielen. Mit Vernetzungs-, Öffentlichkeits- und Advocacy-Arbeit begleitete der DNR diese Entwicklungen in dem Versuch, die notwendigen Maßnahmen zu verteidigen und problematische Entwicklungen zu begrenzen.

Zentrale Dossiers des Green Deals wurden gerade von deutscher Seite durch Teile der Ampel-Regierung zeitweise blockiert oder stark abgeschwächt (u.a. das Verbrenner-Aus für Pkw, Gebäudeeffizienzrichtlinie, Lieferkettengesetz). Durch den späten Zeitpunkt, zu dem im üblichen Gesetzesverfahren kein Veto mehr üblich ist, hat dies eine neue Qualität angenommen. Dies beschädigte nicht nur das Ansehen Deutschlands auf EU-Ebene,

sondern auch die Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit des EU-Gesetzgebungsprozesses als Ganzes. Als Umweltdachverband hat der DNR dies mit Sorge verfolgt und öffentlich sowie gegenüber verschiedenen Entscheidungsträger*innen kritisiert.

Auch die Reform des EU-Fiskalrahmens, der mit den notwendigen Mitteln für die sozial-ökologische Transformation nicht vereinbar ist, hat die EU-Koordination begleitet. Hier war insbesondere die Vernetzung zwischen den deutschen und französischen Umweltorganisationen hilfreich.

Klima- und Energiepolitik der EU

Die vom DNR koordinierte Arbeit der Umweltverbände, die auch gezielt Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft (inkl. Sozialakteure) einbindet, leistete einen wichtigen Beitrag zu den Verhandlungen in dem zunehmend kleiner werdenden Gestaltungsraum für Klimaschutz. Für das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 muss die EU verbindliche Zwischenziele festsetzen und möglichst zeitnah ihre Treibhausgase deutlich reduzieren, damit die Reduktionskurve am Ende nicht zu steil und somit wirtschaftlich untragbar wird. Daher hat der DNR die Debatten rund um die EU-Klimaziele für 2030 und 2040 aktiv und kritisch begleitet. Die Forderung der Umweltverbände nach einer Aktualisierung des national festgelegten Beitrags der EU (EU-NDCs) für 2030 vor der 28. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 28) wurde leider nicht umgesetzt.

Auch die EU-Verordnung zur Zertifizierung von Kohlenstoffentnahmen (CRCF) begleitete der DNR kritisch. Hierbei ist zentral, die Klimaziele nicht von unsicheren Kohlenstoffentnahmen abhängig zu machen, deren Beständigkeit nicht ausreicht. Leider fehlten bereits im Vorschlag der EU-Kommission zentrale Leitplanken und das Endergebnis der Verhandlungen ist aus Umweltperspektive nicht zufriedenstellend.

Bei der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) wurde die zentrale Forderung nach den Mindesteffizienzstandards für die am schlechtesten sanierten Gebäude sowie die Berücksichtigung der sozialen Dimension in Allianzen mit progressiver Wirtschaft, Sozialakteuren, Verbraucherschutzorganisationen und den deutschen Umwelt-NGOs stark gemacht.

Bei der Energieeffizienzrichtlinie haben sich der DNR und seine Mitglieder gemeinsam mit der Effizienzende und der Gebäudeallianz für ein Energieeffizienzziel von minus 20 Prozent bis 2030 eingesetzt. Leider gab es trotz einer Ambitionsanhebung durch die EU-Kommission im Rahmen von RepowerEU Widerstände in Rat und Parlament, sodass am Ende lediglich ein Reduktionsziel von 11,7 Prozent Energieverbrauch bis 2030 verabschiedet wurde.

Weitere Dossiers, die der DNR zusammen mit anderen Umweltverbänden begleitet hat, umfassen die EU-Methanverordnung und die nationalen Energie- und Klimapläne.

Die Advocacy-Arbeit zur EU-Politik geschah über zahlreiche Schreiben an sowie Termine mit Entscheidungsträger*innen aus dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission, den zuständigen Ministerien und dem Bundestag in stets engem Austausch mit den deutschen und europäischen Verbänden. Unterstützt wurde die Arbeit durch Veranstaltungen, Workshops und Strategietreffen sowie Veröffentlichungen wie gemeinsamen Forderungspapieren und Teilnahmen an Konsultationen.

Europawahl 2024

Es hat sich bewährt, bereits frühzeitig mit der Koordinierung der Wahlforderungen für die Europawahl zu beginnen. Dies stärkt einerseits das Bewusstsein innerhalb der DNR-Mitgliedschaft für das Thema, andererseits kann der DNR so in den Vorbereitungen der politischen Parteien für den Wahlkampf Akzente setzen. Mit Blick auf die sichtbare Verschärfung der Klima- und Biodiversitätskrise wächst für die nächste Legislaturperiode die Relevanz des Green Deals generell und konkret seiner Fortführung und Umsetzung, insbesondere unter dem Blickpunkt der sozialen Gerechtigkeit. Die aktuellen Debatten spiegeln diese Dringlichkeit leider nicht wider, ein entschlossenes Auftreten des DNR und seiner Mitglieder im Wahlkampf für Umwelt- und Klimaschutz und eine gestärkte europäische Demokratie wird damit umso wichtiger.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

EU-Klima- und Umweltpolitik

Gefördert durch die European Climate Foundation (ECF)/ Projektreferentin für EU-Klima- und Energiepolitik (Lioba Donner)

Mit Förderung durch die ECF hat sich der DNR insbesondere mit dem Net Zero Industry Act der EU befasst, der grüne Technologien fördern soll. Der DNR hat sich für eine Fokussierung der Förderung auf zukunftsorientierte, saubere und bewährte Transformationstechnologien stark gemacht. Ein Austausch zwischen Entscheidungsträger*innen, Umwelt- und Wirtschaftsverbänden wurde u.a. durch eine Veranstaltung im Europäischen Haus am 13. Oktober sichergestellt.

Darüber hinaus wurden mit ECF-Förderung die Vorbereitungen für die Europawahl vorangetrieben sowie die Wahlforderungen im Verbändekreis koordiniert.





IM FOKUS

Verbandspolitik und Zivilgesellschaft

„Die Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen haben sich auch in einem gesellschaftspolitisch rauer gewordenen Klima mit Nachdruck für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen eingesetzt. Angesichts von zunehmend polarisierten Debatten ist dabei deutlich geworden, dass wir künftig umso dringender die Bedeutung einer funktionierenden Infrastruktur und die Leistungen der Natur für das Funktionieren unserer Gesellschaft thematisieren müssen.“

Ziel sollte es sein, dass die von uns geforderten Maßnahmen unmittelbar auf die Erreichung der Klima- und Biodiversitätsziele einzahlen, zugleich aber Bereiche befördern, die ‚nah bei den Menschen‘ sind und von denen die Menschen unmittelbar profitieren.“

Florian Schöne, DNR-Geschäftsführer



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Florian Schöne, Simone Glück, Anna Geuchen



Mehr Informationen im Internet:

www.dnr.de/themen/verbandspolitik-und-zivilgesellschaft



IM FOKUS

Verbandspolitik und Zivilgesellschaft

Im Zentrum der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten des DNR standen 2023 aktuelle Diskussionen und fachliche Einschätzungen rund um Themen wie Engagementpolitik, Gemeinnützigkeitsrecht sowie das Erstarben des Rechtspopulismus.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Ein thematischer Schwerpunkt der Arbeit des Bündnisses für Gemeinnützigkeit (BfG), in dessen Trägerkreis der DNR die Umweltverbände vertritt, lag auf der Engagementstrategie des Bundes. Hierzu wurden rechtspolitische Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement erarbeitet und ein Rahmenpapier mit Empfehlungen zur Engagementstrategie veröffentlicht.

Gemeinsam mit dem entwicklungspolitischen Dachverband VENRO veranstaltete der DNR erneut einen Workshop für die Verbände zum Hintergrund und zur Eintragungspflicht in das Lobbyregister und informierte seine Mitglieder über die Entwicklung und Verabschiedung der Novelle des Lobbyregisters im Herbst.

Mit den umweltrechtlich interessierten Verbänden im DNR wurde durch gemeinsame Stellungnahmen die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten und Beteiligungsrechten (Verbandsklage) gefordert sowie konkrete Empfehlungen zur Novellierung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes erarbeitet.

Durch das Mitwirken im Fachbeirat Strukturentwicklung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) konnte die Verbindung der Umweltverbände zu dieser wichtigen Anlaufstelle für eine Förderung ehrenamtlichen Engagements weiter gestärkt werden. Darüber hinaus wurde die Kooperation mit der Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ) sowie dem Deutschen Engagementpreis fortgesetzt.

Rechtspopulismus

Das generelle Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien und Gruppierungen sowie die Verknüpfung dieser Tendenzen mit umwelt-, natur- und klimapolitischen Themen alarmieren auch den DNR. Neben der Überarbeitung eines Positionspapiers zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien führte der DNR ein Argumentationstraining zu Antisemitismus im Vorfeld der Klimakonferenz COP28 sowie ein Mitgliederforum zum wachsenden Rechtspopulismus im Umwelt- und Naturschutzbereich durch.

Kurs Z

Von September 2022 bis Mai 2023 nahmen 16 Personen am „Kurs Z - Campaigning und mehr“ für junge Umwelt-engagierte (früher Zukunftspiloten) teil. Im Herbst 2023 starteten erneut 16 Teilnehmende in den nächsten Jahrgang. Der Kurs wird in Kooperation zwischen DNR und der Bewegungsakademie e.V. unter Leitung von Julia Junge erfolgreich fortgeführt.

Die Teilnehmenden der beiden Jahrgänge kamen sowohl aus Vereinen wie BUND, Campact, Klima-Allianz, Verkehrsclub Deutschland (VCD), Lobbycontrol, Umweltinstitut München, Greenpeace, JANUN als auch aus Eine-Welt-Netzwerken, Fridays for Future und anderen Initiativen und Verbänden. Sie alle eint hohes Engagement für Umwelt- und Klimaschutz und eine gerechtere Welt sowie der Wille, mit dem Kurs das Knowhow zu erwerben, sich dieser Aufgabe auch künftig zu widmen und dabei hauptamtlich in NGOs Fuß zu fassen.

Im Zuge einer Kooperation mit Talents4Good fand zusätzlich im Januar 2023 eine Online-Fachkonferenz zum Campaigning-Mangel in der NGO-Szene statt. Ca. 30 Führungskräfte und Personaler*innen tauschten sich über nötige Fortbildungsformate, Möglichkeiten für Quereinsteiger*innen und verbandsübergreifende Lösungsansätze aus.

Vernetzung von Expertinnen aus den Mitgliedsorganisationen

Die vom BMUV unterstützte Fortführung der Frauenvernetzung in den Umweltorganisationen hat sich verstetigt und wurde Ende 2023 mittels einer eigenen Verteilerliste zu Gender und Diversity im DNR aufgegriffen. Dadurch soll der Austausch sowie die Vernetzung zu diesem Thema vertieft und verstetigt werden. Der Verteiler wurde mit großem Interesse und Zuspruch der Mitgliedsorganisationen angenommen und schließt damit eine Lücke im Themenbereich zivilgesellschaftliches Engagement des DNR.

In Zusammenarbeit mit dem BMUV wurde mit der Konzeption eines Workshops begonnen, wie Organisationen speziell junge Frauen mit Migrationsgeschichte und Nicht-Akademikerinnen/Frauen aus niedrigen sozialen Schichten sowohl im haupt- als auch ehrenamtlichen Engagement gewinnen können und wie (junge) Frauen in den Organisationen mit Blick auf Führungspositionen gefördert werden können.

DNR-Mitgliederversammlung am 22.9.2023 in Berlin. Foto: DNR, Thorsten Greb.







IM FOKUS

Presse und Kommunikation

„Im Jahr 2023 emittierte Deutschland zwar zehn Prozent weniger Treibhausgase als im Vorjahr, aber laut Umweltbericht stand die Natur ‚unter Druck‘ und die Triple-Krise von Klimawandel, Artenverlust und Verschmutzung tat weltweit ihr Übriges. Es gab viel zu tun für die Umweltbewegung und uns als Dachverband. Das Kommunikationsteam gab auf allen Kanälen – ob am Telefon, via Presse, Social Media oder mittels Podcast sein Bestes, um Öffentlichkeit, Politik und Medien für unsere Themen zu sensibilisieren.“

Juliane Grüning, Referentin für Online-Redaktion und Öffentlichkeitsarbeit



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Thorsten Greb, Adréana Hess (teilweise in Elternzeit), Juliane Grüning, Melissa Ihlow (Mai bis September), Yvonne Martin (Mai bis Dezember), Marion Busch (freie Mitarbeit)



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de/presse



IM FOKUS

Presse und Kommunikation

2023 war aus Sicht der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ein ereignisreiches und erfolgreiches Jahr. Mit insgesamt 71 Pressemitteilungen und Pressestatements, fünf koordinierten Pressegesprächen sowie zahlreichen Presse- und Interviewanfragen aus den Bereichen Print, Online und Rundfunk konnte das Kommunikationsteam, gemeinsam mit den Fachkolleginnen und -kollegen aus der Geschäftsstelle, das mediale Interesse gegenüber dem DNR weiter festigen. Der im Herbst des Vorjahres gestartete DNR-Podcast „Umwelt aufs Ohr“ konnte mit sieben weiteren Episoden erfolgreich fortgesetzt werden. In der Binnenkommunikation mit seinen Mitgliedsorganisationen präsentierte sich der DNR erneut als verlässlicher und kreativer Partner bei Veranstaltungen und Social-Media-Kampagnen, zum Beispiel für einen schnelleren, naturverträglichen Ausbau der Windenergie und einen bundesweiten Solar-Standard für alle geeigneten Dachflächen und weitere geeignete versiegelte Flächen.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Der X-Hauptkanal des DNR, „@naturschutzring“, war auch 2023 ein zentrales Tool der Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit. Der Trend zu einer stärkeren Nutzung des Sozialen Netzwerks hat sich weiter fortgesetzt, wenn-

gleich die Klick-, Interaktions- und Followerzahlen nicht so stark gewachsen sind wie in den Vorjahren. Insbesondere nach der Übernahme des Sozialen Netzwerks durch Elon Musk haben viele Menschen und Organisationen X über das Jahr 2023 hinweg verlassen, was sich auch in der Followerzahl des DNR-Accounts niedergeschlagen hat. Dennoch konnte „@naturschutzring“ dem Follower-

Schwund trotzen und unterm Strich mehr als 200 neue Kanal-Abonent*innen gewinnen. Damit stieg die Gesamt-Followerzahl auf über 4.300 Ende 2023.

Neben der Präsenz auf X arbeitet das DNR-Kommunikationsteam an der Social-Media-Diversifizierung. Mit der Kampagne #GesichterDesDNR, die Ende 2023 erarbeitet wurde, und der bevorstehenden Europawahl-Kampagne soll ab dem zweiten Quartal 2024 unter anderem der Startschuss bei Instagram fallen.

Europawahl-Kampagne 2024

Mit Blick auf die bevorstehende Europawahl im Juni 2024 arbeitet das DNR-Kommunikationsteam seit Herbst 2023 intensiv an einer crossmedialen Europawahl-Kampagne, die ab zweiten Quartal 2024 gemeinsam mit den knapp 100 DNR-Mitgliedsorganisationen umgesetzt werden soll. Mit der Kampagne soll die Tragweite der Europawahl 2024 und die Dringlichkeit eines umfassenden sozial-ökologischen Wandels deutlich gemacht werden. Ziel ist es, die Bürger*innen zu animieren, ihr demokratisches Wahlrecht aktiv in Anspruch zu nehmen und aufzuzeigen, dass die einzig richtige Antwort auf die multiplen Krisen ein nachhaltiges, sozial-gerechtes, solidarisches und resilientes Europa sein kann und dass es sich lohnt, für ein solches Europa zu stimmen.

DNR-Newsletter

Auch 2023 konnte der DNR-Newsletter mit vielen interessanten Themen, Gastbeiträgen und Experten*innen-Interviews überzeugen und neue Leser*innen gewinnen. Insgesamt zehn Schwerpunktausgaben wurden 2023 versendet. Die Themenvielfalt reichte dabei vom vollzogenen Atomausstieg über zukunftsfähiges Bauen und Wohnen hin zu einer zukunftstauglichen Chemiepolitik und grenzenlosem Meeresschutz. Gut zwei Jahre nach der Öffnung für eine breite Fachöffentlichkeit steuert der DNR-Newsletter zielsicher auf 1.000 monatliche Abonent*innen zu.

EU-Newsletter

Insgesamt 22 Ausgaben des EU-Newsletters begleiteten das auf EU-Ebene durchaus turbulente Nachrichtenjahr 2023. Die auf 14-tägig statt wöchentlich umgestellte Erscheinungsweise hat weder dazu geführt, dass die Qualität der Berichterstattung nachließ, noch dazu, dass die Abonnentenzahlen schwanden. Im Gegenteil: Über 5.000 Leserinnen und Leser haben sich für die fachspezifischen Themen rund um den „Krimi“ um das Renaturierungsgesetz, die Konflikte um das Verbrenner-Aus oder die Taxonomie für nachhaltige Finanzen interessiert, um nur einige Highlights zu nennen.

Auch die aufgegriffenen Studien und externe Links (Rubrik „Aus dem Netz gefischt“) wurden eifrig gelesen. Nicht zu-

letzt hat das Redaktionsteam die im September veröffentlichten Europawahlforderungen aufgegriffen und diverse News zum Thema Europawahlen verfasst. Die im Juni 2024 stattfindenden Europawahlen warfen schon 2023 ihre Schatten voraus.

DNR-Podcast „Umwelt aufs Ohr“

Der im Jahr 2022 mit fünf Episoden gestartete DNR-Podcast „Umwelt aufs Ohr“ wurde 2023 erfolgreich fortgesetzt. Das DNR-Kommunikationsteam hat insgesamt sieben weitere Podcast-Episoden produziert und veröffentlicht. Die Gesprächsthemen reichten von der Zukunft der EU-Agrarpolitik, über nachhaltige Finanzierung in Zeiten der Klima- und Biodiversitätskrise hin zum bislang eher weniger beachteten Forschungsfeld der Umweltpsychologie. In jeder Episode kamen Expert*innen aus Zivilgesellschaft, Forschung oder Politik zu Wort. Die Mitarbeiter*innen des Kommunikationsteams führten durch die Gespräche. Die Episoden wurden auf der DNR-Webseite, über alle gängigen Podcast-Dienste wie Spotify oder Deezer sowie über X (ehemals Twitter) mit ansprechenden Sharepics vermarktet. Der DNR-Podcast wurde sehr positiv aufgenommen und konnte über das Jahr 2023 viele neue Zuhörer*innen gewinnen. Dank der informellen Gesprächssituation auf hohem Niveau konnten komplexe Themen für eine Zielgruppe aufbereitet werden, die über wenig Vorwissen im Umweltbereich verfügt, wobei auch Expert*innen auf ihre Kosten kamen.







DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

„Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio hatte die zentrale Botschaft, den Gegensatz von Umwelt und Entwicklung zu überwinden. 32 Jahre später hat man den Eindruck, dass dieser Gegensatz noch lange nicht überwunden ist.“

Jürgen Maier, Projektstellenleiter



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Jürgen Maier (Projektstellenleiter), Marie-Luise Abshagen-Hartwig/Judith Hermann (Leiterin Nachhaltigkeitspolitik), Anne-Kathrin Bergmann/Tamar Arveladze (Sachbearbeitung & Verwaltung), Nelly Grotefendt (Referentin Politik, Weltwirtschaft und Handelspolitik), Josephine Koch/Anika Bender (Referentin Rohstoffpolitik), Tom Kurz (Referent Chemikalienpolitik), László Máráz (Kordinator Plattform Wald), Wolfgang Obenland (Leiter Finanzpolitik), Eileen Roth/Judith Hermann (Referentin Nachhaltigkeitspolitik)



Mehr Informationen im Internet:
www.forumue.de



Bildaktion der internationalen Zivilgesellschaft zur ICCM5 am
28.9.2023 in Bonn. Foto: Oliver Baldes

DNR-TRÄGERSCHAFT

Forum Umwelt & Entwicklung

Im Forum Umwelt & Entwicklung (FUE), gegründet 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio, sind 44 Organisationen aktiv. Das Forum koordiniert die Arbeit deutscher Nichtregierungsorganisationen (NROs) an der Schnittstelle von Umwelt, Nachhaltigkeit sowie Entwicklung. Hierfür sind im Forum acht Arbeitsgruppen und verschiedene Projektinitiativen angesiedelt, weiterhin die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und das Netzwerk Gerechter Welthandel. Der DNR ist Rechtsträger des Forums.

Der Rundbrief – die Verbandszeitschrift des Forums Umwelt & Entwicklung – erscheint dreimal jährlich. Im Mai erschien der erste Rundbrief 2023, der als Ergänzung zur „Tech[no]fixes-Konferenz“ im Juni diente. Der zweite Rundbrief erschien Ende Juli mit dem Titel „Durchbruch? – Ein neues Abkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt“. Der Rundbrief enthielt verschiedene Perspektiven, verstärkt auch aus dem Globalen Süden, auf dieses neue Instrument und die kommende Umsetzung. Ausgabe III/2023 widmete sich angesichts des sog. SDG-Gipfels der Vereinten Nationen dem Stand der Verwirklichung der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs). Zusätzlich gaben alle Rundbriefe in den Rubriken „Aktuelles“ und „Aus dem Forum“ Einblicke in aktuelle politische Prozesse und Aktivitäten des Forums.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN DER INSTITUTIONELLEN FÖRDERUNG

Handelspolitik & Weltwirtschaft (inkl. AG-Handel)
Zuständig in der Geschäftsstelle: **Nelly Grotefendt,**
Wolfgang Obenland

Das Forum Umwelt & Entwicklung begleitete die europäische Handelspolitik auch 2023 in den verschiedenen nationalen und internationalen Kontexten. Im Fokus standen dabei die Koordination der AG Handel und die Vorstandsarbeit bei der European Trade Justice Coalition (seit 2023 unter neuem Namen; vorher Seattle to Brussels-Netzwerk), sowie das Netzwerk Gerechter Welthandel und das Bündnis Fair übers Meer.

Die AG Handel traf sich 2023 fünf Mal. Inhaltliche Themen waren u.a. eine Positionierung im Bereich Industriepolitik, die Reform der Welthandelsorganisation, die anstehende 13. WTO-Ministerkonferenz im Februar 2024, sowie diverse anstehende bzw. neu abgeschlossene Handels- und Investitionsabkommen der EU. Im Speziellen waren das die Abkommen u. a. mit Kenia, mehreren lateinamerikanischen Ländern (u.a. Chile und Mexiko), dem Mercosur, Neuseeland sowie die Evaluierung der Abkommen zwischen der EU und den Andenländern und die Revision des Abkommens mit der Southern Africa Development Community (SADC). Zur anstehenden Ratifizierung des EU-Neuseeland-Abkommens hat die AG Handel gemeinsam mit Powershift und dem Seattle-to-Brussels-Netzwerk ein Positionspapier erarbeitet.

Zum Themenbereich Handel und Rohstoffe fand im ersten Quartal die online Terminserie Lunch & Learn mit Schwerpunkt auf Handel und Rohstoffe statt. Das EU-Netzwerk European Trade Justice Coalition wird im Koordinationskreis weiter aus der Geschäftsstelle des Forums Umwelt & Entwicklung durch Nelly Grotefendt unterstützt.

Im Bereich Industriepolitik arbeitete das Forum 2023 intern und im Austausch mit internationalen Partner*innen an einer gemeinsamen Positionierung gegenüber den sich weiter verändernden Wertschöpfungs- und Handelsketten, welche durch die standortpolitischen Maßnahmen in den USA, der EU und anderenorts in Bewegung gekommen sind.

Auf globaler Ebene haben wir uns auf die 13. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Abu Dhabi vorbereitet, bei der es auch um die Weiterführung diverser Reformprozesse geht (Fischerei, digitale Dienstleistungen, Streitschlichtungsmechanismen etc.), und standen dazu mit dem federführenden BMWK in Austausch.

Initiative „Konzernmacht beschränken“

Die Initiative „Konzernmacht beschränken“ traf sich im regelmäßigen Rhythmus von sechs bis acht Wochen. Sie beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit den drei Säulen der Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB; die 11. Novelle wurde durch Informationsverbreitung, Pressemitteilungen und Gastbeiträge begleitet) sowie Vernetzungs- und Kampagnenarbeit zu beispielhaften Tech-Konzernen wie Amazon. Neben einem Rechtsgutachten zu letzterem nahm außerdem eine Arbeitsgruppe zum Bereich „Lebensmitteleinzelhandel“ in der zweiten Jahreshälfte die Arbeit auf.

Im November fand zudem eine Konferenz in Frankfurt unter Federführung von WEED e.V. statt, zu der die Initiative organisatorisch und inhaltlich beitrug. Weitere

Lokalkonferenzen und Fortbildungsformate für NGOs und Aktivist*innen sind für 2024 geplant.

Rebalance now, eine mit Unterstützung aus dem Forum Umwelt & Entwicklung neu gegründete Organisation, die sich zentral mit dem Kartellrecht und Monopolmacht beschäftigt, konnte erfolgreich die Hürde nehmen, als Verein eingetragen zu werden und eine Weiterfinanzierung der Schöpflin-Stiftung zu sichern.

G7/C7 – G20/C20

Zuständig in der Geschäftsstelle: Jürgen Maier, Wolfgang Obenland

Das Forum koordiniert gemeinsam mit VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. die Arbeit der deutschen Nichtregierungsorganisationen in den Beteiligungsformaten (den sog. Engagement Groups) bei G20 (Civil20/C20) und G7 (Civil7/C7). Dazu gehören u.a. regelmäßige Treffen mit dem deutschen Chefunterhändler (Sherpa) Dr. Jörg Kukies, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, sowie Treffen mit den G7/G20-Verantwortlichen im BMZ.

Das Kooperationsprojekt mit VENRO zur Begleitung der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 ist zum Februar 2023 mit einem Evaluierungs-Videoworkshop ausgelaufen. Jürgen Maier nahm an diversen Projektbesprechungen mit VENRO und Steering Committee Sitzungen teil. Mit dem Übergang der G7-Präsidentschaft auf Japan haben japanische NGOs ihren C7-Prozess gestartet. Im weitergeführten Steering Committee teilen sich Anke Kurat (VENRO) und Jürgen Maier den deutschen Sitz.

Da der G7-Gipfel in Hiroshima bereits im Mai stattfand, konzentrierte sich die Arbeit am C7-Kommuniqué auf die Vorbereitung des Gipfels bereits zu Beginn des Jahres. Zudem nahmen nur wenige deutsche NGO-Vertreter*innen teil.

Die Arbeit des Forums im Zusammenhang der Civil20 gestaltete sich 2023 schwierig. Der offizielle Prozess unter indischer Präsidentschaft wurde 2023 von den meisten internationalen NGOs boykottiert, da die autoritäre indische Regierung die existierenden NGO-Strukturen übergang und einen von regierungsnahen, hindunationalistischen Organisationen dominierten Prozess aufsetzte. Ein parallel aufgesetzter unabhängiger P20 („Peoples 20“) - Prozess, an dem sich das Forum beteiligte, blieb im Wesentlichen auf Online-Veranstaltungen beschränkt, da die indische Regierung ausländischen Gästen die Visa verweigerte.

Tech[no]fixes-Konferenz

Am 1. Juni 2023 veranstaltete das Forum in Berlin die Konferenz "Tech[no]fixes – Zivilgesellschaftliche Perspektiven im Umgang mit Technologien". Sie ermöglichte eine kritische und tiefgehende Auseinandersetzung mit technologischen Lösungen für die drängendsten globalen Herausforderungen, die uns in unserer Arbeit beschäftigen. Die Konferenz zielte darauf ab, nicht nur die Technologien selbst zu beleuchten, sondern gerade auch die komplexen Machtkonstellationen und Interessen, die hinter ihnen stehen.

Die Konferenz brachte Expert*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen zusammen, die sich darauf konzentrierten, die versteckten Agenden und die Auswirkungen von Technologielösungen auf die Gesellschaft zu analysieren, aktuelle Trends vorzustellen und regulatorische Prozesse zu beleuchten. Die Präsentationen und Diskussionen während der Konferenz gaben einen Einblick in die komplexen Interaktionen zwischen Regierungen, Konzernen und der Zivilgesellschaft in Bezug auf den Einsatz von Technologie zur Bewältigung von Herausforderungen, wie beispielsweise des Klimawandels. Es wurde betont, wie wichtig es sei, die Entscheidungsprozesse und Machtverhältnisse zu verstehen, welche die Entwicklung und Umsetzung von Technologielösungen beeinflussen. Eine weitere herausfordernde Frage war die Rolle der Gesellschaft und der Bürger*innen in diesem Prozess.

Insgesamt war die Tech[no]fixes-Konferenz 2023 eine wichtige Plattform für die kritische Analyse von technologischen Lösungen im Kontext globaler Herausforderungen. Sie verdeutlichte, dass es notwendig ist, die Macht-

strukturen und Interessen hinter den Technologien zu hinterfragen und sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den langfristigen Zielen der Gesellschaft stehen. Die Zielsetzung der Vernetzung und gegenseitigen Weiterbildung, um die übertragbaren Prozesse jeweiliger Technologien zu begreifen und weiterzutragen, wurde rundum zufriedenstellend erfüllt.

AUS DEN ARBEITSGRUPPEN

Die Sitzungen der Arbeitsgruppen (AGs) stellten auch 2023 einen wichtigen Ort des strategischen und inhaltlichen Austausches für die im Forum beteiligten Organisationen dar.

AG Landwirtschaft und Ernährung

Zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch, Anika Bender

Im Rahmen des Global Forum on Food and Agriculture (GFFA) richtete das Forum zusammen mit einer kleinen NGO-Gruppe am 19.01.2023 das Fachpodium „Resiliente Ernährungssysteme schaffen – mit Antworten der Betroffenen aus der Krise!“ mit über 100 Besucher*innen erfolgreich aus.

Das Team der „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) der AG war auch 2023 weiter aktiv und kritisierte in einem eigens zu diesem Thema einberufenen Treffen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der KfW am 31.01. die Ergebnisse des AGRA Mid-Term Review von 2022 zu



„Tech Won't Save Us“-Podcaster Paris Marx hält die Keynote bei der Tech[no]fixes-Konferenz. Foto: Nelly Grotefendt

den vom BMZ finanzierten AGRA-Projekten in Ghana und Burkina Faso. Mit einer Kurzpublikation zu der Evaluation der BMZ/KfW finanzierten AGRA-Projekte in Ghana und Burkina Faso fasste das Team ihre Kritik noch einmal zusammen. Sie wurde am 01.06. veröffentlicht und von einer Pressemitteilung begleitet. Für Südpartner*innen wurde die Publikation übersetzt.

Die AG traf sich 2023 insgesamt vier Mal. Zu den wichtigsten Themen gehörten die Updates und gemeinsame Planungen der Zivilgesellschaft zur Grünen Woche, zur BMEL-Nachhaltigkeitskonferenz und der „Policies against Hunger“-Konferenz. Inhaltlich standen Agrarökologie, die geplanten Abschwächungen der Gentechnikregulierung auf EU-Ebene, Agro-Chemie und „grüne Düngemittel“ aus Wasserstoff in diesem Jahr im Fokus der AG. Außerdem koordinierten die Mitglieder der AG bei den regelmäßigen Treffen ihre Aktivitäten in internationalen Prozessen (vor allem Welternährungsausschuss, COP, G20, UN Food Systems Summit Stocktaking).

Im Rahmen der Mitherausgeberschaft des Forums bei der Zeitschrift Rural 21 fanden verschiedene Video-Sitzungen des Redaktionsbeirats statt, an denen Jürgen Maier teilnahm.

AG Meere und AG Tiefseebergbau

Zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen-Hartwig

Umwelt- und entwicklungspolitische Verbände kamen 2023 erneut regelmäßig unter der Koordination des Forums zusammen, um gemeinsame Positionen zur von der Bundesregierung angekündigten Meeresstrategie zu entwerfen. Basierend auf der 2020 erarbeiteten „Meeresoffensive“ verfassten die Verbände Kernforderungen für eine zukunftsfähige Meerespolitik und eine gemeinsame Stellungnahme von Umwelt- und Entwicklungsverbänden zur Meeresstrategie der Bundesregierung. Gemeinsam mit fair oceans und Brot für die Welt führte das Forum wie jedes Jahr eine Meereskonferenz rund um den Welttag der Meere im Juni durch.

Die AG Tiefseebergbau blieb weiterhin ein Ort des sehr intensiven Austausches und der Strategiebildung. Das Forum war unter anderem an einer Diskussionsveranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft der Vereinten Nationen (DGVN) zur Internationalen Meeresbodenbehörde (ISA) am 07.03. und einer Konzertveranstaltung in Neustrelitz im Rahmen eines Festivals beteiligt. Marie-Luise Abshagen-Hartwig vertritt die AG weiterhin im internationalen Netzwerk Deep Sea Conservation Coalition (DSCC), mit dem ein sehr intensiver Austausch besteht.



AG Biodiversität

Zuständig in der Geschäftsstelle: Eileen Roth, Jürgen Maier

Nach dem intensiven Jahr 2022 mit der Vorbereitung der Weltnaturkonferenz (CBD COP) in Montreal, die vom 07.-19.12.2022 stattfand, traf sich die AG am 19.01.2023 zu einer Nachbesprechung der Konferenz sowie zur Planung der Weiterarbeit. Die größte Sorge der AG besteht darin, dass das Abkommen – ähnlich wie die Aichi-Ziele – nicht eingehalten werden, da es keine ausreichenden Berichtspflichten und Kontrollmechanismen gibt. Die Ergebnisse der CBD COP müssen nun in die nationale Biodiversitätsstrategie eingearbeitet werden.

In der Verbändebeteiligung zur Aktualisierung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS 2030) gab die AG eine gemeinsame Stellungnahme ab. Im September koordinierte die AG eine gemeinsame Pressemitteilung zum deutschen Beitrag für die internationale Biodiversitätsfinanzierung. Ferner war die AG eng in die Erstellung des Forum-Rundbriefs zu Biodiversität eingebunden.

AG Wasser

Zuständig in der Geschäftsstelle: Eileen Roth, Jürgen Maier

Bei der UN-Wasserkonferenz im März 2023 veranstaltete die AG ein Side-Event zum Thema „Turning the tide on the freshwater biodiversity crisis“, an dem Matthias Görres (BUND) für die AG teilnahm.

In den folgenden Monaten konzentrierten sich die AG und einige ihrer Mitgliedsverbände vor allem auf die Organisation einer Berlin-Brüssel-Rundreise einer Delegation von „International Rivers“ und betroffenen Anwohner*innen aus der Demokratischen Republik Kongo, die im September stattfand. Dabei ging es um die geplanten Mega-Staudämme im Kongo, die von vielen potenziellen Investor*innen als riesige „grüne“ Wasserstoffproduktionsanlagen für den Export u. a. nach Deutschland geplant werden.

Mit der Staatssekretärin Claudia Müller (BMEL) gab es ein Gespräch zur Auswertung über das (2022 erschienene) Positionspapier zu Wasserkraft und Fischerei. Ein weiteres Thema der AG war das BMZ-Positionspapier „Internationaler Gewässerschutz“. Kleinere Austauschrunden der AG Wasser im Dezember bezogen sich auf das für 2024 anstehende Weltwasserforum in Bali sowie Planungen für ein Alternatives Weltwasserforum.



TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VOM BUND GEFÖRDERTER PROJEKTE

Nachhaltigkeit und Agenda 2030

Gefördert durch das Umweltbundesamt (UBA) und das Auswärtiges Amt. Zudem durch Engagement Global drittmittelgefördert, zuständig in der Geschäftsstelle: Marie-Luise Abshagen-Hartwig, Eileen Roth, Judith Hermann

Mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) werden viele Herausforderungen, Probleme und Chancen nachhaltiger Entwicklung adressiert, wie Armutsbekämpfung, Umweltschutz und nachhaltiges Wirtschaften. Begleitet wird ihre Umsetzung durch eine Überprüfungsstruktur auf UN-Ebene im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (High Level Political Forum (HLPF)). Staaten haben so die Möglichkeit, im Rahmen von freiwilligen Staatenberichten (Voluntary National Reviews/VNR) über ihre Umsetzungsfortschritte zu berichten. In Deutschland wird die Agenda 2030 u.a. durch die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) umgesetzt. Das Forum arbeitet zur nationalen, europäischen und internationalen Umsetzung der SDGs und koordiniert die deutsche Zivilgesellschaft diesbezüglich.

2023 gab es zahlreiche Austauschtreffen der Dialoggruppe, die sich vor den Treffen des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung zusammenfindet: im Februar zum Thema Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit, im März zum Thema Kreislaufwirtschaft, im April zum Thema Menschliches Wohlbefinden, Fähigkeiten und soziale Gerechtigkeit, im Mai zum Thema Energiewende und Klimaschutz sowie zum Thema Nachhaltiges Bauen und Verkehrswende, im Juli zum Thema Nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme und im Dezember zum „Hebel Finanzen“. Das Forum war bei allen Treffen vertreten und nahm die Möglichkeit wahr, Stellungnahmen einzureichen. Das Forum nahm 2023 auch an weiteren Terminen mit Bundesregierung und Bundestag zu den SDGs teil. Darüber hinaus wurden mehrere Vorträge bei externen Veranstaltungen gehalten und Artikel in externen Publikationen verfasst, bei denen die Expertise des Forums zu den SDGs eingebracht werden konnte.

Das Forum war auf dem jährlichen Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) vom 10. bis 19.07.2023 in New York erneut vertreten. Vor Ort organisierte das Forum gemeinsam mit den Jugenddelegierten für nachhaltige Entwicklung, der DGVN und SDSN-Germany ein Side Event, auf dem die Publikation „Gesetze für Nachhaltigkeit“ vorgestellt und anschließend

darüber diskutiert wurde, wie die SDG-Umsetzung verbindlicher gemacht werden kann und Parlamente stärker in die Umsetzung eingebunden werden können. Zur Vorbereitung des HLPFs entwickelte das Forum einen Guide, der die wichtigsten Informationen rund um das HLPF zusammenfasst.

2023 fand außerdem in New York der UN-Nachhaltigkeitsgipfel (SDG-Summit) zur Halbzeit der Agenda 2030-Umsetzung statt. Anfang Juli organisierte das Forum ein digitales Vernetzungs- und Austauschtreffen für die Zivilgesellschaft vor dem SDG-Summit. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke (AGL) und dem zivilgesellschaftlichen Netzwerk Global Call to Action Against Poverty (GCAP) hat das Forum ein Forderungspapier zum SDG-Summit erarbeitet. Neben der Kernforderung zur Teilnahme von Bundeskanzler Olaf Scholz am SDG-Summit enthielt das Papier Forderungen zu verschiedenen Nachhaltigkeitsbereichen. Eine offizielle Übergabe an das Kanzleramt fand bei einem Gespräch mit Staatsministerin Sarah Ryglewski statt.

Im Rahmen des SDG-Summit konnte ein Austauschtreffen für die internationale Zivilgesellschaft mit Umweltministerin Steffi Lemke organisiert werden. Begleitend veröffentlichte das Forum Stimmen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus der ganzen Welt zum Gipfel auf Youtube und Instagram.

Als Nachbereitung des Gipfels und zur Information der deutschen Zivilgesellschaft organisierte das Forum Ende September die Tagung „Nach dem SDG-Gipfel – Ambitionierter Aufbruch in die nächsten sieben Jahre Agenda 2030?“ mit Fokus auf Möglichkeiten für Austausch mit dem Transformationsteam der Bundesregierung.

Um den Umsetzungsstand der Gesetzesvorschläge zu überprüfen und übersichtlich darzustellen, wurde auf der Website www.2030watch.de, die vom Forum betrieben wird, ein „SDG-Gesetze-Tracker“ integriert. Die Website

informiert über die SDGs und das SDG-Monitoring in Deutschland, der EU und auf internationaler Ebene. Auch die Broschüre „Gesetze für Nachhaltigkeit“ ist ein wichtiges Werkzeug in der SDG-Arbeit.

Das SDG-Gesetze-Update, das einen Kurzüberblick über aktuellen Debatten und Gesetzesänderungen in Bundestag und Bundesregierung zu Nachhaltigkeitsthemen gibt, wurde wöchentlich per Mail verschickt. Zusätzlich wurde circa alle zwei Monate der SDG-Newsletter verschickt, der einerseits detaillierte Zusammenfassungen der SDG-Umsetzung auf nationaler Ebene liefert, aber auch auf Veranstaltungen, Aktivitäten und ähnliches aufmerksam macht.

Seit Juli wird für die Öffentlichkeitsarbeit neben dem Twitter/X-Account „2030Watch“ auch Instagram als Plattform genutzt. Auf dem Instagram-Account „2030watch.de“ werden neben Veranstaltungen und Publikationen auch allgemeine Informationen zu SDG-Prozessen und Nachhaltigkeitspolitik geteilt.

In einem Projekt mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Ländern der östlichen Partnerschaft der EU fanden mehrere Online- und hybride Workshops mit dem Schwerpunkt Capacity Building zu SDG-Monitoring, Advocacy und SDG-Netzwerken statt. Zudem fand im November in Tiflis eine dreitägige SDG-Konferenz statt. Die Konferenz stand unter der Fragestellung, wie SDG-Monitoring und Netzwerkaufbau effektive Lobbyarbeit unterstützen können. Im Fokus standen dabei die freiwilligen nationalen Staatenberichte, die Georgien, Armenien und Aserbaidschan 2024 den Vereinten Nationen beim Hocharrangigen Politischen Forum zu nachhaltiger Entwicklung in New York vorlegen werden. Vom 27. bis 30.11.2023 reiste als Projektaktivität eine Delegation von drei Kolleginnen der georgischen Partnerorganisation CENN nach Deutschland, Belgien und Frankreich. Während der viertägigen Reise traf die Delegation 13 Organisationen/Akteur*innen, die sich in der EU sowie auf internationaler Ebene für eine ambitionierte Umsetzung der SDGs einsetzen.



Treffen mit der französischen Organisation Focus 2030 während einer Delegationsreise im November 2023. Foto: Sopiko Babalashvili



Dialogplattform Wald (inkl. AG Wälder)

Gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN), zuständig in der Geschäftsstelle: László Maráz

Das Projekt trägt im Rahmen von Diskussionen und im Dialog mit den relevanten Akteuren (Waldbesitzer*innen und Forstwirtschaft, Holznutzer*innen und Umweltverbände) dazu bei, die Kohärenz zwischen drei wichtigen Zielsetzungen der Waldpolitik zu fördern. Gemeinsam mit den beteiligten Akteursgruppen werden Strategien für den Umgang mit Wäldern erarbeitet, die Bedarfe des Schutzes der biologischen Vielfalt, des Klimaschutzes und der Erzeugung und Nutzung v. a. des nachwachsenden Rohstoffes Holz untereinander so gestalten, dass jedes dieser Anliegen in ausreichendem oder gar bestmöglichem Umfang so gefördert werden kann, dass sie sich untereinander nicht maßgeblich schaden. Wichtiger Aspekt ist es, den Wäldern mehr Chancen zu geben, auch im Rahmen der Klimakrise bestmöglich zu funktionieren. Dazu gehören schonende Verfahren, die Verringerung von Schadeinflüssen sowie die Senkung des Nutzungsdruckes u.a. durch die Entwicklung einer nachhaltigen Holzverwendungsstrategie, für die besonders verschwenderische oder gar überflüssige Verwendungen möglichst verringert oder abgestellt werden sollen.

Im November 2023 fand ein Workshop der Dialogplattform Wald mit zahlreichen Vertreter*innen und Präsentationen aus den Reihen der Umweltverbände, Waldbesitzer*innen, Holzindustrie, Forstleute, Wald-Bürgerinitiativen und des Umweltministeriums statt. Im Rahmen der Veranstaltungen wurden Probleme der jeweiligen Akteur*innen offen angesprochen und es gab eine gemeinsame Besichtigung eines Holzbau-Vorhabens sowie eine Exkursion mit und in die Berliner Forsten.

Teil des Projekts Dialogplattform Wald ist auch die Teilnahme an einer Vielzahl von Konferenzen, Tagungen, Seminaren und Gesprächen der beteiligten Akteur*innen und des BMEL.

Ressourcenpolitik

Deutsche Extractive Industries Transparency Initiative (D-EITI)

Gefördert durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), zuständig in der Geschäftsstelle: Josephine Koch, Anika Bender

Die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) ist eine globale Initiative für mehr Rechenschaftspflicht und Transparenz im Rohstoffsektor. Deutschland ist ihr 2015 beigetreten und hat sich somit verpflichtet, in einem jährlichen Bericht rohstoffbezogene Finanzströme zwischen Regierung und Wirtschaft sowie weitere wichtige Informationen über den Rohstoffabbau in Deutschland offenzulegen. Der Bericht wird gemeinsam von einer Multi Stakeholder Gruppe (MSG) aus Vertreter*innen der Regierung, Industrie und Zivilgesellschaft erstellt. Das Forum ist Teil der zivilgesellschaftlichen Gruppe und vertritt dort auch den Arbeitskreis (AK) Rohstoffe.

Im Frühjahr 2023 standen vorwiegend letzte Abstimmungsprozesse zum neuen Sonderkapitel des 5. D-EITI Berichts zum Thema Versorgungssicherheit und Deutschlands Rolle im internationalen Rohstoffmarkt an. Sie wurden aus zivilgesellschaftlicher Sicht erfolgreich abgeschlossen. So konnte beispielsweise im Text verankert werden, dass sichere Rohstoffversorgung nicht nur Diversifizierung der Rohstoffimporte, verstärkten heimischen Rohstoffabbau und mehr Recycling bedeutet,

sondern auch eine Transformation hin zu einer ganzheitlichen Kreislaufwirtschaft beinhalten und vor allem einen verringerten Verbrauch von Primärrohstoffen nach sich ziehen muss. Am 19.04. fand die 9. Sondersitzung der MSG statt, bei der im Wesentlichen der finale 5. D-EITI-Bericht als Gesamtpaket (inkl. des neuen Sonderkapitels und der Ausführungen des UV) beschlossen wurde. Die Veröffentlichung des 5. D-EITI-Berichts wurde von einem Pressegespräch mit Redebeiträgen von der D-EITI-Sonderbeauftragten der Bundesregierung und Parlamentarischen Staatssekretärin Franziska Brantner und drei Vertreter*innen der MSG am 23.06. begleitet.

Am 26.05. fand die 25. MSG-Sitzung und Auftaktsitzung für den 6. Berichtszyklus statt. Die Zivilgesellschaft erinnerte hier an die wichtigen EITI-Themen der „Wirtschaftlich Berechtigten“, der Rolle des Staates bei der Versorgungssicherheit und des Energiekostendämpfungsprogrammes in der Berichterstattung. Weitere MSG-Sitzungen fanden im September und Dezember statt.

Ferner nahm das Forum im Juni an der internationalen EITI-Konferenz in Dakar/Senegal teil, um sich mit der internationalen Zivilgesellschaft über EITI auszutauschen und sich über die neueren Entwicklungen der Transparenzinitiative zu informieren. Auf der Konferenz wurde der vorab vom EITI-Board beschlossene, neue 2023er EITI-Standard veröffentlicht, der spätestens ab 2025 für alle EITI-Länder verpflichtend ist.

Um regelmäßig zu überprüfen, ob Länder in der Lage sind, den EITI-Standard zu erfüllen, werden EITI-Mit-

gliedsstaaten validiert. Im Jahr 2018 wurde die deutsche EITI erstmals durch das internationale Sekretariat überprüft, 2023 stand die nächste Validierung an. Das Auftaktgespräch der MSG mit dem Validierungsteam fand am 07.11 statt und läutete eine Reihe von Konsultationsgesprächen ein. Ein kritischer Punkt in der Validierung war die EITI-Standardanforderung 2.5 zu „Wirtschaftlich Berechtigten“. Um die Standardanforderung zu erfüllen, müssten die Informationen zu „Wirtschaftlich Berechtigten“ zu allen rohstoffgewinnenden Unternehmen in Deutschland für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Mit einem EuGH-Urteil wurde die Zugänglichkeit des deutschen Transparenzregisters allerdings eingeschränkt, sodass Deutschland die Standardanforderung nicht mehr erfüllt.

Rohstoff- und Ressourcenwende

Das Forum war auch im Jahr 2023 aktives Mitglied des Koordinierungskreises (Ko-Kreis) des AK Rohstoffe. Im AK gründete sich angesichts des bevorstehenden Critical Raw Materials Acts (CRMA) auf EU-Ebene eine Arbeitsgruppe, die den Prozess in Deutschland das Jahr über kritisch begleitet.

Zusammen mit Powershift erstellte das Forum eine Stellungnahme zur anstehenden Novellierung des Bundesbergrechts im Rahmen der Konsultation der Zivilgesellschaft und Wirtschaft seitens des BMWK.

Gemeinsam mit dem BUND, der IG Metall und Transformateur*innen kam das Forum am 09.11. zu einem Strategie-Workshop zum Thema „Rohstoffwende Metalle“

Zivilgesellschaftliche Vorbereitungskonferenz zur ICCM5 am 22.9.2023 in Bonn. Foto: Oliver Baldes



zusammen. Ziel war es, eine gemeinsame Verständigung über die „Rohstoffwende Metalle“ zu finden sowie über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Ziele der Akteur*innen, eine Verbreiterung bisheriger Bündnisse und Netzwerke und die Auslotung möglicher gemeinsamer Projekte zu diskutieren.

Das Forum war 2023 zudem weiterhin aktives Mitglied des Ko-Kreises des Netzwerk Ressourcenwende. Im Zuge der Verschickung des zivilgesellschaftlichen Appells „Transformation by Design, not by Disaster“ für eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs an die entsprechenden Arbeitsebenen in den Ministerien und an die relevanten Ausschüsse und Arbeitsgruppen der Fraktionen fanden eine Reihe von teils recht vielversprechenden Fachgesprächen mit Bundestagsabgeordneten, -mitarbeiter*innen oder Ausschussvertreter*innen statt.

Das Forum beteiligte sich im Rahmen des Netzwerk Ressourcenwende außerdem in einer neu gegründeten Arbeitsgruppe des Netzwerks, die sich mit der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (NKWS, Federführung BMUV) beschäftigt. Hierzu fand am 07.03. ein ganztägiger Workshop beim BUND statt. Die AG hat das Papier „Bedingungen für den Erfolg der nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie“ erarbeitet und am 17.04. an das BMUV und ausgewählte Journalist*innen verschickt. Aus einer Evaluierung des Beteiligungsprozesses zur Erarbeitung der NKWS heraus, an dem viele Mitglieder der Arbeitsgruppe beteiligt sind, ließen sich Forderungen des Beteiligungsprozesses herausarbeiten, auf die in einem zweiten Papier „Handlungsbedarf für eine erfolgreiche Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie“ hingewiesen werden.

Neben aktuellen politischen Prozessen wie der NKWS hat sich das Ressourcenwendenetzwerk insbesondere mit der Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und Ressourcenschutz befasst und Fragen wie „Wer muss seinen Ressourcenverbrauch senken?“ und „Wie können begrenzte Ressourcen gerecht verteilt werden?“ gestellt. Daraus resultierte unter anderem die Veranstaltungsreihe „Ressourcenschutz für alle statt Ressourcenverschwendung von Wenigen!“, die mit dem Paritätischen Gesamtverband organisiert wurde.

Bioökonomie

Am 23.02. gab es ein Austauschgespräch im Rahmen des Aktionsnetzwerk Bioökonomie mit dem BMUV zur Nationalen Biomassestrategie (NABIS), an dem das Forum teilnahm und notwendige Ziele und Maßnahmen zur Reduktion von Biomasseverbrauch anmahnte. Die NABIS sollte im Frühjahr 2023 mit Stakeholdern in Workshops diskutiert werden, Ende des zweiten Quartals 2023 sollte die Strategie dann vorliegen. Der Bioökonomierat

erarbeitete Empfehlungen, wie die Bioökonomiestrategie umgesetzt werden kann. Geplant war darauf aufbauend, mit den mit der Bioökonomie befassten Bundesressorts einen Umsetzungsplan zu erarbeiten. Beide Strategien sollten, so forderte die Zivilgesellschaft bei dem Gespräch, miteinander verknüpft werden.

Die Bundesregierung arbeitete parallel an der Bioökonomie- und Biomasse-Strategie. Während die erste seit Anfang 2020 vorlag und in Folge in die politische Umsetzung gebracht werden muss, sollte die Biomassestrategie bis Ende des Jahres fertiggestellt sein. Am 12.10. nahm das Forum an dem Workshop „Bioökonomie- und Biomassestrategie der Bundesregierung“ teil, der die Möglichkeit bot, sich mit den federführenden Bundesministerien und maßgeblichen Akteur*innen aus dem Bioökonomierat auszutauschen.

Chemikalien/Strategic Approach to International Chemicals Management

Gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), zuständig in der Geschäftsstelle:

Tom Kurz

Vom 25. bis 29.09.2023 fand in Bonn die Weltchemikalienkonferenz (ICCM5, International Conference on Chemicals Management) statt, auf der ein neues internationales Rahmenwerk für das Chemikalien- und Abfallmanagement beschlossen wurde: das „Global Framework on Chemicals – For a Planet Free of Harm from Chemicals and Waste“. Für die Konferenz in Bonn hatte das BMUV Mittel für eine zivilgesellschaftliche Vorbereitungskonferenz bewilligt.

Zur Vorbereitung auf ICCM5 fand Ende Februar bis Anfang März ein weiteres Vorverhandlungstreffen in Nairobi statt. Das Forum war mit einem Delegierten vor Ort, arbeitete dort eng mit deutschen NGOs, aber auch internationalen Partnern zusammen. Im Nachgang der ICCM5 fand eine Berichterstattung zum bisherigen Stand des sog. SAICM (Strategic Approach to International Chemicals Management) -Beyond-2020 Abkommens im Rundbrief und auf der Projektwebsite statt. Außerdem wurde zusammen mit der Stiftung Entwicklung und Frieden ein Global Policy Spotlight zum SAICM-Prozess in Deutsch und Englisch erstellt. Das Schwerpunktthema des DNR-Newsletters im September wurde durch einen eigenen Beitrag und die Vermittlung von Artikeln Dritter unterstützt.

Neben den inhaltlichen Vorbereitungen auf die ICCM5 fand im Juni wieder die Webinarreihe „Chemiepolitische Mittagstalks“ statt. An vier Terminen wurden hier die

Themen hochgefährliche Pestizide, Gesundheitsauswirkungen, hormonwirksame Stoffe sowie Chemikalien und Klimapolitik in kurzen Inputs und Diskussionsrunden erläutert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Resonanz war wie in den vergangenen Jahren hoch; es gab über 180 Anmeldungen für die Veranstaltungsreihe.

Ab Juli begann verstärkt die Planung der zivilgesellschaftlichen Vorbereitungskonferenz am 22.09. in Bonn, direkt vor der ICCM5 in Bonn, zusammen mit den deutschen Partnerorganisationen Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, European Network for Environmental Medicine, Health and Environment Justice Support, Pestizid Aktions-Netzwerk Deutschland und Women Engage for a Common Future. Die Konferenz wurde von den über 80 Anwesenden als voller Erfolg gewertet. Das Forum übernahm die Koordination und Organisation der Konferenz, die inhaltliche Ausgestaltung wurde mit den deutschen Partnern zusammen bestimmt. Im November veröffentlichten wir den Bericht zur NGO-Konferenz auf der Website der giffreien Zukunft. Das Forum brachte sich zusammen mit deutschen und internationalen Partnern in die ICCM5 und die dortigen Verhandlungen ein. Bei allen Aktivitäten zum SAICM Prozess haben wir eng mit dem International Pollutants Elimination Network zusammengearbeitet.

Neben der Arbeit zu ICCM5 beteiligte sich das Forum am Bündnis Exit Plastik – Wege aus der Plastikkrise. Im März trat das Forum dem Bündnis bei. Im Juli fand ein Bündnistreffen statt und monatlich erfolgten Besprechungen. Neben den chemikalienpolitischen Aspekten wurden auch entwicklungspolitische Themen an das Bündnis herangetragen. Seit November bereitete das Exit Plastik-Bündnis eine Konferenz für 2024 zu „Wege aus der Plastikkrise“ vor. Mitte November fand die dritte Verhandlungsrunde für ein internationales Plastikabkommen statt.

TÄTIGKEITEN IM RAHMEN VON DRITTMITTELGEFÖRDERTEN PROJEKTEN

Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Gefördert durch die GIZ, zuständig in der Geschäftsstelle: Wolfgang Oberland

Im Zentrum des Arbeitsbereichs stand 2023 die Fortführung eines von der GIZ finanzierten Projekts, das es dem Forum ermöglicht, im Themenbereich „Finanzierung nachhaltiger Entwicklung“ zu einer besseren Abstimmung der Aktivitäten und Positionen zivilgesellschaftlicher Akteure beizutragen, diese stärker in die politischen Zusammenhänge auf nationaler und globaler Ebene einzuspeisen und, wo nötig, durch eigene Aktivitäten zu unterstützen.

Inhaltlich wurde weiter an den Themen des Projekts mit Schwerpunkten auf dem Financing for Development-Prozess (FfD) der Vereinten Nationen gearbeitet. Im Herbst 2023 lag der Fokus darauf, den Beschluss des 2. Hauptausschusses der UN-Generalversammlung für eine 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (FfD4) insofern zu unterstützen, dass sich auch die Bundesregierung für ihn ausspricht. Nachdem der Beschluss im November 2023 im Konsens der UN-Mitglieder gefasst wurde, kümmerte sich das Forum um die ersten Schritte im Vorbereitungsprozess und tauschte sich auf verschiedenen Ebenen mit politischen Entscheidungsträger*innen in Bundesregierung, Bundestag und bei den Vereinten Nationen aus.

Das Forum nahm weiterhin unter anderem aktiv am ECOSOC Forum on Financing for Development (FfD)-Follow-up im April 2023 in New York teil. In Vor- und Nachbereitung dieser Treffen wurden diverse Gespräche mit Vertreter*innen der Bundesregierung und anderen zentralen Akteur*innen, u.a. im UN-Sekretariat und im Bundestag geführt. Begleitet hat das Projekt außerdem die diversen politischen und zivilgesellschaftlichen Diskussionen rund um internationale Events und Prozesse. Dazu gehörten z.B. der „Summit for a New Global Financing Pact“, der am 22. und 23.06. auf Einladung von Emmanuel Macron in Paris stattfand; das High-level Political Forum on Sustainable Development im Juli in New York City, der SDG-Gipfel am 20.09. sowie die Vorbereitungsprozesse für den „Summit of the Future“, der im September 2024 zu Reformen des UN-Multilateralismus beitragen soll.

Begleitet hat der Arbeitsbereich außerdem die sich verstärkt auf strukturelle Fragen beziehenden Diskussionen im Kontext der Klimafinanzierung. Gerade bei COP28 standen Finanzierungsfragen im Mittelpunkt, u.a. bei Diskussionen, wie die Lösung der globalen Schuldenkrise oder die Nutzung von IWF-Sonderziehungsrechten zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen könnten. Zu diesen Diskussionen gehören auch die Beschlüsse der Jahrestagung der Bretton-Woods-Institutionen mit ihren ersten Reformschritten in Sachen Mandat und Finanzierung der Weltbank, die in diversen Terminen auch mit dem hier federführenden BMZ diskutiert wurden.

Vor diesem Hintergrund hat das Projekt auch die Erstellung des Bundeshaushalts für 2024 begleitet, u.a. in Terminen mit Haushälter*innen und Fachpolitiker*innen.

Im von dem Projekt koordinierten Verbändenetzwerk gab es mehrere Treffen. Themen waren u.a. die Weltbankreform, der FfD-Prozess und die Vorbereitungen auf eine 4. Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung sowie das Bemühen um einen verstetigten Austausch

mit und zwischen den für die Projektthemen zuständigen Ressorts.

International wurde die intensive Netzwerkarbeit fortgeführt. Das Projekt ist aktiv im – 2023 umbenannten – Civil Society Financing for Development Mechanism und vertritt den Mechanismus weiter im Governing Body des Regional Civil Society Engagement Mechanism bei der UN Economic Commission for Europe. Neben der Vorbereitung des ECOSOC Forum on Financing for Development-Follow-up (April 2023) standen hier das Regional Forum on Sustainable Development der ECE sowie die anlaufenden Verhandlungen bzw. Vorbereitungen auf den „Summit of the Future“ im Mittelpunkt.

Auf der Projektwebseite, die kontinuierlich zu einer Anlaufstelle für Informationen rund um finanzpolitische Themen ausgebaut wird, wurden regelmäßig neue Beiträge veröffentlicht. Der im Herbst 2022 eingeführte Newsletter wurde weiter beworben und angepasst.

Netzwerk Gerechter Welthandel

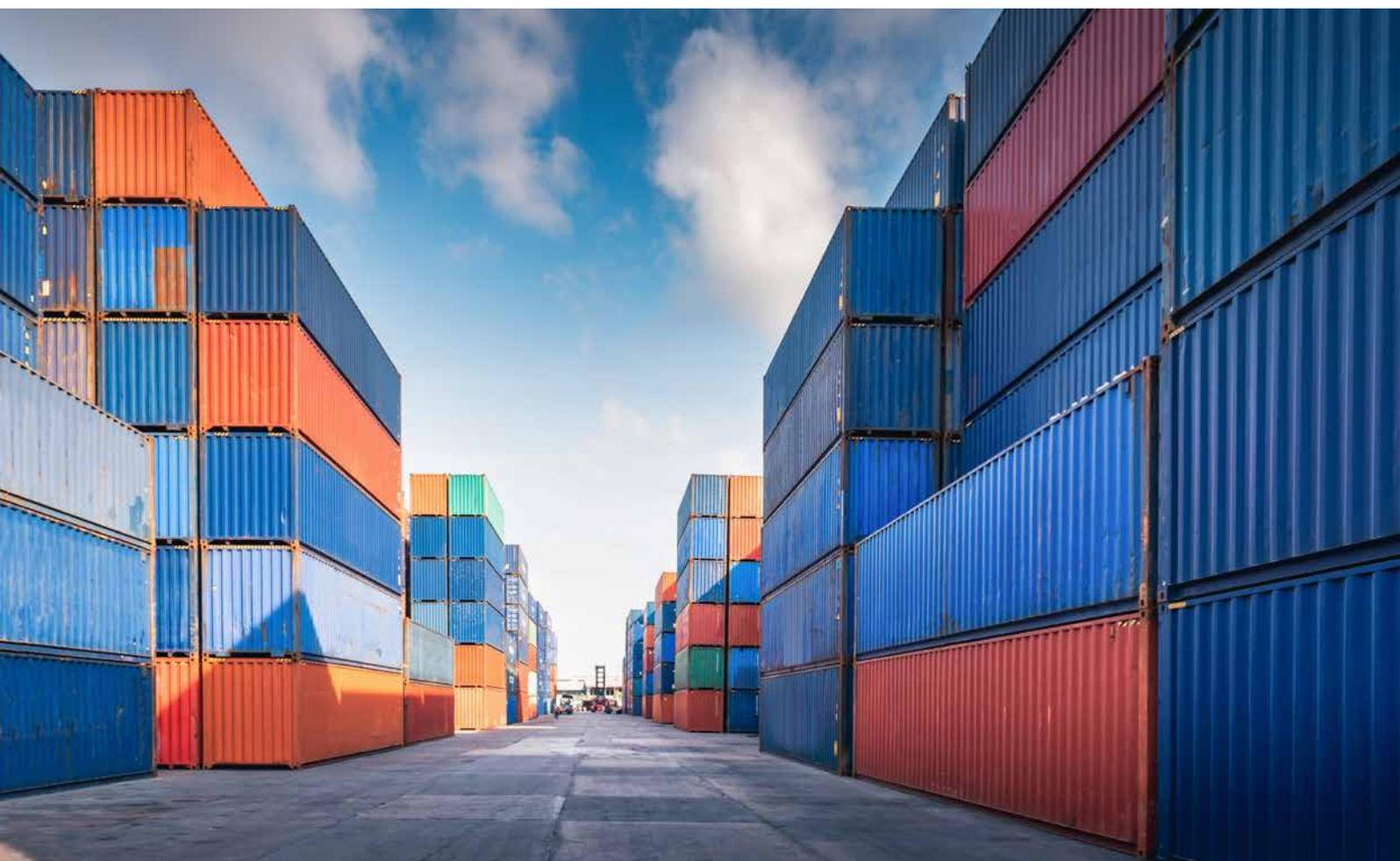
**Gefördert durch Beiträge der Trägerorganisationen.
Ludwig Essig (freie Mitarbeit)**

Im Netzwerk Gerechter Welthandel setzen sich seit mehr als sechs Jahren über 50 Mitgliedsorganisationen für eine global gerechte, faire, nachhaltige und demokratische Außenwirtschaftspolitik ein.

Zentrale Themen des Netzwerks waren 2023 Aktionen gegen die Ratifizierung des CETA-Freihandelsabkommens sowie gegen das – mit den südamerikanischen Mercosur-Ländern geplante – Freihandelsabkommen. Im Netzwerk wurde dafür eine Mercosur-AG eingerichtet, welche u.a. eine Studie zu den Interessen der Autoindustrie am Mercosur-Abkommen veröffentlichte und die ins Englische, Spanische und Portugiesische übersetzt wurde.

Aktionsplanungen und die Vernetzung mit Personen und Gruppen, die zu Mercosur arbeiten, fanden regelmäßig statt. Anlässe waren u.a. die Brasilienreise der Bundesminister Robert Habeck und Cem Özdemir, der Parteitag der Grünen, die Bayer-HV und der Besuch des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva in Berlin. Es gab mehrere Aktionen vor dem BMWK und das Netzwerk Gerechter Welthandel hat Positionspapiere, einen Aktionsleitfaden sowie ein Aktionspaket mit Bannern, Stickern, Flyern und Postkarten herausgegeben. Lobbytermine fanden im BMWK, BMZ und in Gestalt eines parlamentarischen Frühstücks im Bundestag statt.

Über alle Aktionen und Geschehnisse wurde über die Social-Media-Kanäle und Webseite des Netzwerks berichtet. 2023 fanden im Durchschnitt vier regelmäßige AG Treffen pro Monat statt. Hinzu kamen Sondersitzungen.







IM FOKUS

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

„Die Kampagne schaffte auch in diesem Jahr wieder einzigartige Begegnungs- und Austauschräume und bringt so den gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozess für eine ökosoziale Agrarwende voran.“

Anne Skambraks, Leiterin Kampagne „Meine Landwirtschaft“
(Elternzeitvertretung)



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Inka Lange, Johannes Kiefl, Christian Rollmann, Ronja Dietschmann, Wiebke Beushausen, Regine Holloh (bis Januar)/Laura Krivocheia, Malwine Janetzko (bis November), Mia Mancini (ab März), Susana Woitzik (bis Oktober), Julia Güttler (Mai bis Oktober), Nicola Puell (ab November)



Mehr Informationen im Internet:
www.meine-landwirtschaft.de



10.000 Menschen waren bei der Wir haben es satt!-Demo am 21.1.2023 in Berlin. Ein deutliches Signal für die sozial gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle, für Klimagerechtigkeit und Artenvielfalt, für Tierschutz und globale Gerechtigkeit!

Nick Jaussi/www.wir-haben-es-satt.de

IM FOKUS

Kampagne „Meine Landwirtschaft“

„Meine Landwirtschaft“ ist ein Projekt des Forum Umwelt & Entwicklung unter der Rechtsträgerschaft des DNR. Im Projekt ist das „Wir haben es satt!“-Bündnis aktiv, ein breiter Zusammenschluss von 65 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt-, Natur- sowie Tierschutz und Entwicklungszusammenarbeit. Das Bündnis setzt sich seit 2010 gemeinsam für eine Ernährungs- und Agrarwende ein, hin zu einer bäuerlich-ökologischeren und sozial-, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion in Deutschland und weltweit.

„Wir haben es satt!“-Protest im Januar

Die Wir haben es satt!-Demo fand am 21.01.2023 unter dem Titel „Gutes Essen für alle – statt Profite für Wenige!“ statt. Die Aktionen am Demotag konnten wieder mit tatkräftiger Unterstützung der Träger*innen, Bäuerinnen und Bauern und engagierter Bürger*innen durchgeführt werden. Bereits im Vorfeld der Demo wurde der „6-Punkte-Plan für eine sozial-gerechte Agrarwende und gutes Essen für alle!“ veröffentlicht, ein Forderungspapier an die Bundesregierung, das von über 140 Organisationen gezeichnet wurde. Am Vormittag des Demotages übergaben die Bäuerinnen und Bauern, die mit ihren Traktoren nach Berlin gekommen waren, eine Protestnote an

Bundesminister Özdemir und die rund 80 versammelten Agrarminister*innen der Welt. Dort fand auch der 6-Punkte-Plan seine Adressaten. Im Anschluss demonstrierten 10.000 Menschen für die sozial-gerechte und ökologische Agrarwende. Ein deutliches Signal an die Ampelkoalition, sich endlich für die sozial-ökologische Transformation einzusetzen.

Im Rahmenprogramm der Protestaktion sind die „Schnip-peldisko“ am Vorabend und „Soup & Talk“ am Demoabend zu erwähnen, bei denen jeweils 2.000 Menschen teilnahmen. Zahlreiche Personen beteiligten sich auch an der Social Media-Aktion „Möhrenauflauf“. Dabei erhielten wir

zahlreiche kreative Protestbilder von Möhren mit individualisierten Forderungen für die Agrarwende, die wir über unsere Social Medikanäle publik machten.

WEITERE AKTIVITÄTEN

Am 28.4. wurde die BAYER-Hauptversammlung in einer Online-Protestaktion kritisch auf den sozialen Medien begleitet. In den Tagen vor der Hauptversammlung wurde über die „Wir haben es satt“-Social Media-Kanäle eine Themenreihe zum negativen Wirken von Bayer veröffentlicht. Am Tag der Hauptversammlung mündete die Social Media-Kampagne in einer Bildaktion vor der Bayerzentrale in Berlin.

Vom 15. bis 18.6. fand das bewährte Format „Hof mit Zukunft“ im dritten Jahr auf landwirtschaftlichen Betrieben in ganz Deutschland statt. 59 junge Klima- und Umweltaktivist*innen verbrachten die Zeit auf 28 Bauernhöfen, um gemeinsam auf den Höfen zu arbeiten und über eine zukunftsfähige Agrarpolitik ins Gespräch zu kommen. Die Teilnehmenden erarbeiteten auf ihren Hofbesuchen zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern Forderungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und Ernährung. Das Austauschformat wurde erneut sehr gut angenommen. Zahlreiche Höfe mit Tierhaltung nahmen an dem Format teil. Circa die Hälfte der beteiligten Höfe waren konventionelle Betriebe.

Am 16.09. demonstrierten 750 Menschen nach dem Motto „Für Wiesen und Höfe statt Wiesenhof!“ in Königs Wusterhausen zum Schlachthof des Geflügelkonzerns Wiesenhof gegen Tierfabriken, für bäuerliche Vielfalt und für Klimaschutz. Parallel dazu fand vom 15. bis 17.9. ein Camp mit buntem Programm rund um den Umbau der Tierhaltung in Niederlehme statt. Workshops, Live-Musik, leckeres Essen und Zelte vor Ort boten viel Raum zum Lernen, sich Austauschen, Tanzen und Vernetzen. Im Rahmen einer Drohnen-Fotoaktion wurde zudem ein rosa Kreuz, das Symbol gegen industrielle Tierhaltung und Tierleid, vor den Mastanlagen von Wiesenhof ausgelegt und damit verdeutlicht: Diese Art der Tierhaltung ist weder artgerecht noch klimaschonend.

Unter dem Titel „Ernährungswende in die Kantinen“ widmete sich das Team im Herbst der öffentlichen Verpflegung in Krankenhäusern. Gut aufbereitete Informationen wurden mit einem Kurzfilm zur Essensverpflegung im Krankenhaus Havelhöhe publiziert, um auf die Notwendigkeit der Ernährungswende in öffentlichen Einrichtungen aufmerksam zu machen. Mit circa 5.000 erreichten Social Media-Accounts wurde die Informationskampagne gut angenommen.

Good Food Good Farming

Unter der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ ist auch die europaweite Plattform „Good Food Good Farming“ (GFGF) tätig, die seit 2018 Kampagnen für eine nachhaltige Agrar- und Ernährungspolitik in der EU durchführt.

Zwischen Januar und Juli 2023 entwickelte Good Food Good Farming eine Informationskampagne für das von der EU-Kommission angekündigte Gesetz für ein nachhaltiges Ernährungssystem (SFS). Dazu veröffentlichte GFGF ein 6-teiliges Info-Comic und koordinierte das Dialogformat „Food for Talk“, welches von elf nationalen Bündnissen und Organisationen aus zehn europäischen Ländern umgesetzt wurde. Ein im Juni veröffentlichtes Kampagnenvideo mit den Stimmen aus ganz Europa erzielte eine hohe Reichweite in den sozialen Medien.

Im Oktober 2023 organisierte GFGF die jährlich stattfindenden Aktionstage. Der Aktionsaufruf wurde von über 50 Organisationen aus der EU und auf nationaler Ebene unterstützt. Das übergreifende Thema der Aktionstage war die Forderung nach einem gesetzlichen Rahmen für nachhaltige Ernährungssysteme. Mit mehr als 90 Veranstaltungen, die im Oktober in 17 verschiedenen Ländern stattfanden, war die Beteiligung an den Aktionstagen hoch. Als Mitmach-Aktion entwickelte GFGF eine Postkartenaktion. An dieser beteiligten sich mehr als 600 Menschen aus neun verschiedenen Ländern, in dem sie ihre Wünsche für das Ernährungssystem an Abgeordnete des EU-Parlaments richteten.

Am 08.11. organisierte GFGF die abschließende Protestaktion „We can't eat promises“ vor dem EU-Parlament in Brüssel. 300 Menschen forderten die Umsetzung der Farm to Fork-Versprechen und betonten die Notwendigkeit einer transformativen Agrar- und Ernährungspolitik. In einer kreativen Bühnenperformance wurden die auf Postkarten geschriebenen Forderungen für nachhaltige Ernährungssysteme an Mitglieder des Europäischen Parlaments aus vier Fraktionen überreicht. Die von GFGF koordinierte Aktion war eine Zusammenarbeit von 25 europäischen Nichtregierungsorganisationen, die von Vertreter*innen verschiedener europäischer Bündnisse unterstützt wurde.

Die Kampagne Meine Landwirtschaft/Wir haben es satt! wird gefördert durch Trägerbeiträge, Spenden, Slowfood International, Gekko, Stichting Benevolentia, HFHP Network of European Foundations, die European Climate Foundation und die Oak Foundation.

Die Plattform Good Food Good Farming wird gefördert durch Porticus, Friends of the Earth und Slow Food Deutschland.





IM FOKUS

Strukturen und Zahlen

„In der Verwaltung begeistern wir uns für manches, für das andere oft weniger übrighaben: Wir planen und melden, prüfen, buchen, kalkulieren, zahlen, drucken, frankieren, archivieren, dokumentieren, berichten, beraten und umsorgen dabei noch unser ganzes Team. Bei der Tiefe und Vielfalt unserer Themen hat das Voneinander-Lernen eine hohe Bedeutung.“

Sandra Schmidt, Verwaltungsleiterin



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Sandra Schmidt, Karen Walkowski, Aroti Briand (bis Juni)/Martina Pohle (ab August), Sandra Punger, Susanne Stang, Fanny Feldmann, Konstantin Hartwig (bis Februar)/ Lisa Berndt (ab September)



Mehr Informationen im Internet:
www.dnr.de

EINNAHMEN 2023

Einnahmen in €

Institutioneller Haushalt DNR	
Veröffentlichungen	0,00
Zinseinnahmen	0,19
Vermischte Einnahmen	17.954,09
Zweckfreie Spenden	0,00
Zweckgebundene Spenden	2.690,00
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	0,00
Zuwendungen des BfN	1.767.055,44
Erstattung aus Verwaltungsausgaben	72.440,07
Mitgliedsbeiträge	182.850,00
Geldbußen	0,00
Summe institutioneller Haushalt DNR:	2.042.989,79
Projekte DNR	
Zuwendung des Bundes für Projekte	0,00
Zuwendung Dritter	233.631,24
Summe Projekte DNR:	233.631,24
Institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung	
Veröffentlichungen	350,00
Zuwendungen des BfN	380.663,26
Mitgliedsbeiträge	45.150,00
Summe institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung:	426.163,26
Projekte Forum Umwelt & Entwicklung	
Zuwendung des Bundes für Projekte	361.828,22
Zuwendung Dritter	1.491.331,72
Summe Projekte Forum Umwelt & Entwicklung:	1.853.159,94
Gesamtsumme	4.555.944,23

AUSGABEN 2023

Ausgaben in €

Institutioneller Haushalt DNR	
Ehrenamt	7.260,00
Personal	1.359.978,49
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	137.952,28
Mieten und Pachten	151.078,02
Aus- und Weiterbildung	14.618,88
Aufträge an Dritte	126.354,81
Reisekosten	26.208,89
Außergewöhnlicher Aufwand	3.055,19
Veröffentlichungen	136.261,16
Veranstaltungen	32.548,06
Vermischte Verwaltungsausgaben	33.354,90
Beiträge Vereine, Gesellschaften	3.425,00
Beiträge internationale Organisationen	10.894,11
Summe institutioneller Haushalt DNR:	2.042.989,79
Projekte DNR	
Projekte des Bundes	0,00
Projekte Dritter	210.721,93
Summe Projekte DNR:	210.721,93
Institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung	
Personal	341.963,36
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	15.171,99
Mieten und Pachten	18.432,83
Reisekosten	9.605,48
Veröffentlichungen	27.465,01
Veranstaltungen	11.801,56
Vermischte Verwaltungsausgaben	1.732,13
Summe institutioneller Haushalt Forum Umwelt & Entwicklung:	426.163,26
Projekte Forum Umwelt & Entwicklung	
Projekte des Bundes	380.614,82
Projekte Dritter	1.144.575,76
Summe Projekte Forum Umwelt & Entwicklung:	1.525.190,58
Gesamtsumme	4.205.065,56

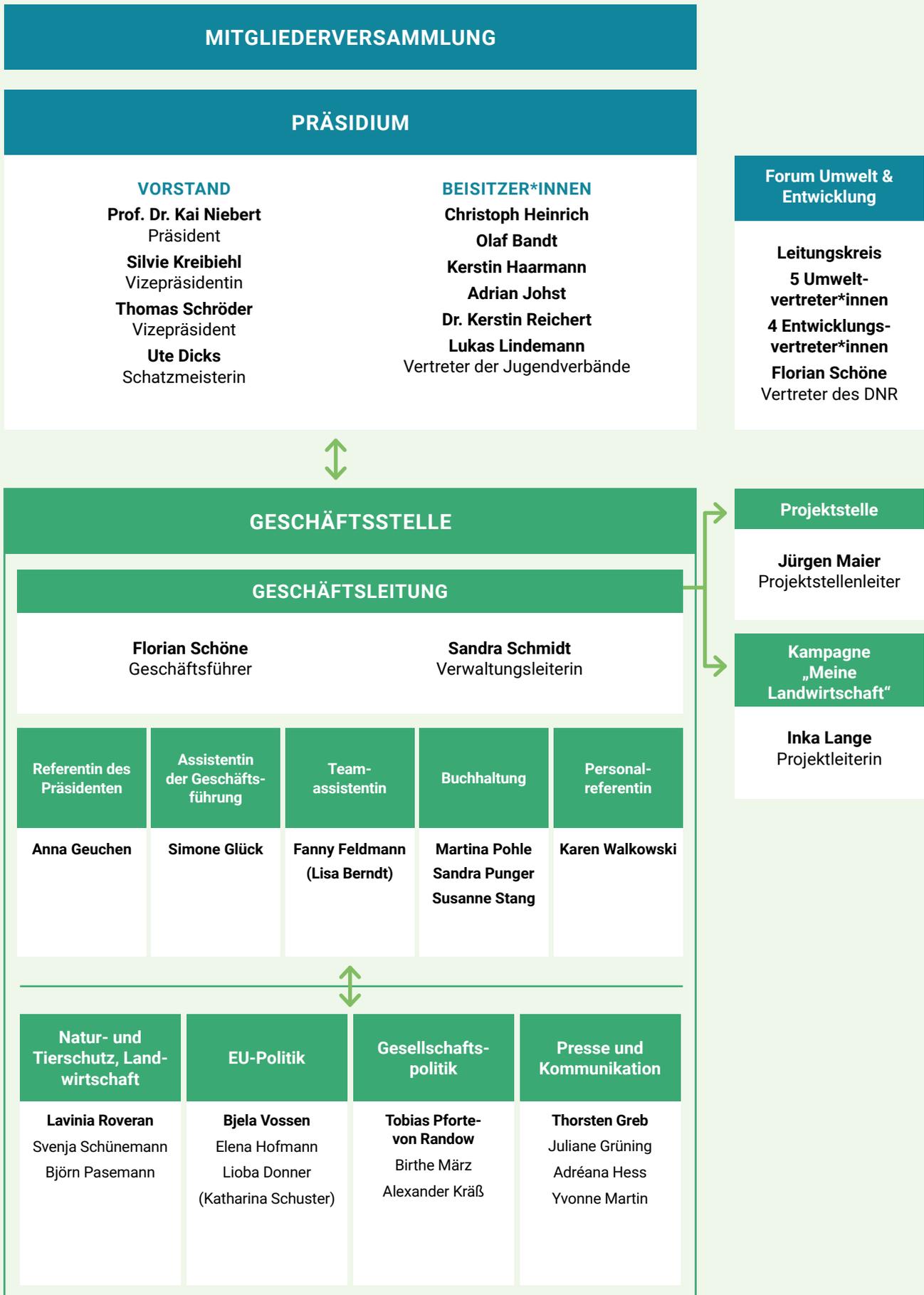
PROJEKTE DNR 2023

	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Zuwendungen des Bundes			
		0,00	0,00
Zwischensumme		0,00	0,00
Zuwendungen Dritter			
BUND e.V.	Analyse Ressourcenpolitik		6.722,25
BUND, DUH, NABU	Zivilgesellschaftliche Plattform Forschungswende	-1.117,61	-220,62
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR e.V. (Projekträger)	Gemeinsame Agrarpolitik – Kommunikation und Politikempfehlungen	32.100,00	34.244,95
ECF	Impuls für die Energiewende	9.327,82	18.940,14
ECF	Beyond Fit for 55	5.469,63	19.961,09
DBU	Digitalisierungskonferenz Bits & Bäume reloaded	17.000,00	11.088,37
ECF	Schnelle Energiewende	42.021,33	57.576,32
ECF	EU-Wahlvorbereitung	71.100,00	54.665,36
divers	Grüne Infrastruktur	7.200,00	7.200,00
Inst. f. Naturschutz und Naturschutzrecht	Netzwerktagung Erneuerbare Energie	544,07	544,07
ECF	EU-Industriepolitik	49.986,00	
Zwischensumme		233.631,24	210.721,93
Gesamtsumme		233.631,24	210.721,93

PROJEKTE FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG 2023

	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
Zuwendungen des Bundes			
BfN	Dialogplattform Wald	24.954,24	48.081,64
UBA	SDG-Projekt	75.000,00	75.763,03
BMUV	SAICM-IP4-Projekt	11.955,98	12.648,79
BMUV	SAICM-ICCM5-Projekt	150.000,00	144.203,36
AA	AA-NH-Projekt	99.918,00	99.918,00
Zwischensumme		361.828,22	380.614,82
Zuwendungen Dritter			
GIZ	EITI	56.394,35	29.323,81
div.	Meine Landwirtschaft	664.891,20	701.203,08
div.	Netzwerk gerechter Welthandel	35.119,91	29.280,14
div.	Global Youth Biodiversity Network	600.081,49	231.749,37
GIZ	Recovering Sustainably	73.903,26	72.829,24
Schöpfung-Stiftung	We.Conomy	45.000,00	37.124,01
Engagement Global	FEB-Projekt 2030 Watch	0,00	0,00
diverse	Sonstiges	15.941,51	43.066,11
Zwischensumme		1.491.331,72	1.144.575,76
Gesamtsumme		1.853.159,94	1.525.190,58

ORGANIGRAMM DES DNR
(Stand: 12/2023)



DNR-PRÄSIDIUM**(Stand: 12/2023)**

Name	Hintergrund
Prof. Dr. Kai Niebert Präsident	Prof. Dr. Kai Niebert ist seit 2015 DNR-Präsident. Er forscht und lehrt als Nachhaltigkeitsexperte an der Universität Zürich. Seine Schwerpunkte liegen in der Vermittlung verschiedener Aspekte der Nachhaltigkeit, besonders mit Blick auf den Klimawandel und die planetaren Belastungsgrenzen.
Silvie Kreibiehl Vizepräsidentin	Die Klimafinanzierungsexpertin und gelernte Diplom-Kauffrau Silvie Kreibiehl ist Vorstandsvorsitzende der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch.
Thomas Schröder Vizepräsident	Seit Oktober 2011 leitet Thomas Schröder als Präsident die Geschicke des Deutschen Tierschutzbundes. Seit 2017 ist er zudem Vorsitzender der Stiftung des Deutschen Tierschutzbundes.
Ute Dicks Schatzmeisterin	Ute Dicks führt seit 2001 die Geschäfte des Deutschen Wanderverbandes (DWV) in Kassel. Seit 2008 ist sie zudem Geschäftsführerin der Deutscher Wanderverband Service GmbH.
Antje Kölling Beisitzerin bis 07/2023	Antje Kölling leitete von 2014 bis 2023 die Abteilung Politische und Öffentlichkeitsarbeit des Bioverbands Demeter. Sie schied zum 01.08.2023 aus dem Präsidium aus.
Kerstin Haarmann Beisitzerin	Kerstin Haarmann ist Bundesvorsitzende des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Zuvor war die gebürtige Niedersächsin und Wahl-Westfälin VCD-Geschäftsführerin. Sie scheidet zum 11.10.2024 aus dem Präsidium aus.
Christoph Heinrich Beisitzer	Der Diplom-Geograph Christoph Heinrich ist als Vorstand für die Naturschutzarbeit des WWF verantwortlich. Er scheidet zum 11.10.2024 aus dem Präsidium aus.
Adrian Johst Beisitzer	Der Biologe Adrian Johst ist Geschäftsführer der Naturstiftung David, eine Stiftung des BUND Thüringen.
Olaf Bandt Beisitzer	Der Diplom-Ingenieur für Umwelttechnik Olaf Bandt ist seit vielen Jahren beim BUND tätig. Seit 2019 ist er BUND-Vorsitzender.
Dr. Kerstin Reichert Beisitzerin	Die Biologie- und Chemielehrerin Dr. Kerstin Reichert ist seit 2019 Vizepräsidentin Sportentwicklung im Verband Deutscher Sporttaucher (VDST).
Lukas Lindemann Jugendvertreter	Lukas Lindemann vertritt die Jugendverbände der Mitgliedsorganisationen im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings. Er ist Mitglied der Bundesleitung der Naturfreundejugend Deutschlands.

DNR-MITGLIEDSCHAFTEN

(Stand: 12/2023)

Ansprechpartner*in

Allianz für Transformation des Bundeskanzleramts	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR), Tobias Pforte-von Randow (DNR)
Allianz für Weltoffenheit	Tobias Pforte-von Randow (DNR)
Aktionsbündnis Klimaschutz	Tobias Pforte-von Randow (DNR)
Aktionsbündnis Lebendige Oder	Florian Schöne (DNR)
Bündnis für Gemeinnützigkeit (BfG)	Florian Schöne (DNR)
Bündnis für bezahlbaren Wohnraum	Tobias Pforte-von Randow (DNR), Birthe März (DNR)
Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	Florian Schöne (DNR)
Climate Action Network (CAN)	Bjela Vossen (DNR)
Deutsches Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU)	Margita Dihlmann (bfub)
Europäische Bewegung Deutschland (EBD)	Bjela Vossen (DNR)
Europäische Vereinigung für Normung der Umweltverbände (ECOS)	Florian Schöne (DNR), Marion Hasper (BUND)
Europäisches Umweltbüro (EEB), Brüssel	Bjela Vossen (DNR)
Fachagentur Windenergie an Land	Florian Schöne (DNR)
Gebäude-Allianz	Birthe März (DNR)
Initiative Transparente Zivilgesellschaft (ITZ)	Florian Schöne (DNR)
Initiative kulturelle Integration (Deutscher Kulturrat)	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR), Anna Geuchen (DNR)
Innovationspartnerschaft des BMWSB	Tobias Pforte-von Randow (DNR), Birthe März (DNR)
International Union for the Conservation of Nature (IUCN)	Florian Schöne (DNR), Lavinia Roveran (DNR)
Netzwerk Bits und Bäume	Simone Glück (DNR)
Ökologischer Tourismus in Europa (ÖTE)	Florian Schöne (DNR)
Verein Grüner Strom Label	Florian Schöne (DNR)

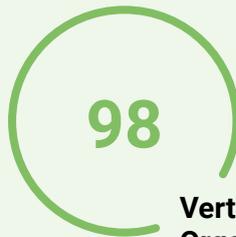
VERTRETER*INNEN DES DNR IN VERSCHIEDENEN GREMIEN

(Stand: 12/2023)

Mitarbeit des DNR in Gremien	delegiert
Bundesministerium für Wohnen, Städtebau und Bauwesen (BMWSB), Beirat Innenstadt	Kerstin Haarmann (VCD)
Bundeswettbewerb Ökologischer Landbau, Jury	Florian Schöne (DNR)
Bundesstelle für Energieeffizienz (BfEE), Beirat	Gabriela Terhorst (BUND)
BMUV, Beirat „Umwelt und Sport“	Ute Dicks (Deutscher Wanderverband)
Bundesplattform Wald – Sport, Erholung, Gesundheit (WaSEG) des BMEL, Mitglied	Ludwig Wucherpennig (DNR)
Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), Fachbeirat	Florian Schöne (DNR)
Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), Vorsitzender des Kuratoriums	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Deutscher Naturschutztag (DNT)	Florian Schöne (DNR), Svenja Schünemann (DNR)
Deutscher Engagementpreis, Trägerkreis	Florian Schöne (DNR), Simone Glück (DNR)
DBU Naturerberat GmbH, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
DIN-Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes (NAGUS)	Dr. Ludwig Glatzner (BUND)
Europäisches Umweltbüro (EEB), deutsches EEB-Präsidiumsmitglied und Vizepräsidentin	Bjela Vossen (DNR)
Einwegkunststoffkommission (BMUV), Mitglied	Dr. Rolf Buschmann (BUND)
Fachagentur Windenergie an Land, Vorstandsmitglied	Florian Schöne (DNR)
Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR), Fördermitglied	Lavinia Roveran (DNR)
Haus der Geschichte, Mitglied des Kuratoriums des Arbeitskreises gesellschaftliche Gruppen	Thomas Schröder (Tierschutzbund), Stellvertreter Frank Meuser (Tierschutzbund)
Initiative Bundesweiter Digitaltag, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE), Beirat	Adrian Johst (Naturstiftung David), Stellvertreter Florian Schöne (DNR)
Kommission für Anlagensicherheit (KAS), Kommissionsmitglied	Dr. Ursula Fischbach (BUND), Oliver Kalusch (BBU)
Koordinierungsbüro Normungsarbeit der Umweltverbände (KNU), Fachbeirat	Margita Dihlmann (bfub)
Nationaler GAP-Strategieplan des BMEL, Begleitausschuss	Lavinia Roveran (DNR)
Nationale Plattform (NP) Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), Mitglied	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Naturfreunde Deutschland, Mitglied im Bundesvorstand	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Naturerberat bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Ratsmitglied	Adrian Johst (Naturstiftung David), Stellvertreter: Christian Unsel (NABU)
Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung (FUE), Leitungskreis	Florian Schöne (DNR)
Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), Mitglied	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Steuerungskreis zur Normungsroadmap Wasserstofftechnologien (Verbundprojekt von) DIN, DKE, DVGW, NWB, VDA, VDI und VDMA	Sascha Müller-Kraenner (DUH)
Stiftung Arbeit und Umwelt der IG BCE, Beirat	Prof. Dr. Kai Niebert (DNR)
Stiftung Naturschutzgeschichte, Beirat	Undine Kurth (ehemals DNR)
Umweltgutachterausschuss (UGA), Mitglieder	Vollmitglied (und stellv. UGA-Vorsitzender): Prof. Dr. Frank Ebinger (BUND), Stellvertreter: Dr. Ludwig Glatzner (BUND), Vollmitglied: Dr. Stefan Müssig (BfUB), Stellvertreterin: Marion Hammerl (Bodensee-Stiftung), Vollmitglied: Dr. Joachim Nibbe (Naturfreunde), Stellvertreter*in: N.N.
Umweltzeichen Blauer Engel, Jury	Katharina Istel (NABU), Julia Römer (BUND)
Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Beirat Energie	Tobias Pforte-von Randow (DNR)
Zentrale Stelle Verpackungsregister, Verwaltungsrat	Katharina Istel (NABU)



Gründung



Vertretene Organisationen
(Stand: 12/2023)



Erreichte Menschen

Gemeinsames Ziel

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.



Schwerpunkt 01

Unser Naturverständnis

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bietet einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben der Erhaltung der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.



Schwerpunkt 02

Nachhaltigkeit

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen zu treffen, die sich an den Zielen der Biodiversitätserhaltung orientieren. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.



Schwerpunkt 03

Gesellschaftlicher Umbau

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen Wohlfahrtsindex als Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an seinen Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

DNR-MITGLIEDER 2023 (Stand: 12/2023)



Impressum

HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur-, Tier-
und Umweltschutzorganisationen (DNR) e.V.
Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 6781775-70
E-Mail: info@dnr.de
www.dnr.de

REDAKTION

Simone Glück, Florian Schöne, Leonie Gehrke

LAYOUT UND GESTALTUNG

Henrike Ott

FOTOS

Titelbild: AdobeStock/franconiaphoto, S. 5: AdobeStock/JasonSnapsPics, S. 6: AdobeStock/Countrypics,
S. 8: AdobeStock/Superingo, S. 12/13: DNR/Florian Schöne, S. 14: AdobeStock/reisezielinfo, S. 16: AdobeStock/tilialucia,
S. 18: AdobeStock/Uncas Photo, S. 19: AdobeStock/Lena Wurm, S. 18: AdobeStock/Uncas Photo, S. 20: AdobeStock/olrat,
S. 24: AdobeStock/Nikolai Link, S. 26: AdobeStock/Robert Kneschke, S. 28: AdobeStock/MartaKlos, S. 30: AdobeStock/
Orlando Bellini, S. 32: AdobeStock/Lowe Stock, S. 37: AdobeStock/Mayumi.K.Photography, S. 38: AdobeStock/Photobank,
S. 38: AdobeStock/Maha Heang, S. 41: DNR/Florian Schöne, S. 46: Nick Jaussi/www.wir-haben-es-satt.de, S. 50: Adobe-
Stock/ yevgeniya131988

VERÖFFENTLICHUNGSDATUM

September 2024

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

Der Deutsche Naturschutzring wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie vom Bundesamt für Naturschutz auf Beschluss des Deutschen Bundestages.

